

# Auszug aus dem Arbeitsprogramm der Arbeiterkammer Wien 2014

---

---

## INHALTSVERZEICHNIS

---

|                                                                   |    |
|-------------------------------------------------------------------|----|
| Inhaltsverzeichnis .....                                          | 2  |
| Unsere Leitthemenfelder 2014 .....                                | 3  |
| <i>LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"</i> .....  | 3  |
| <i>LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"</i> .....       | 5  |
| <i>LTF 3 "Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung"</i> ..... | 6  |
| <i>LTF 4 "Qualität der Arbeit"</i> .....                          | 7  |
| Ziele, Vorhaben und Schwerpunkte der Bereiche .....               | 9  |
| <i>Zentralbereich</i> .....                                       | 9  |
| <i>Bereich Bildung, Konsumenten, Wiener Kommunalpolitik</i> ..... | 11 |
| <i>Bereich arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz</i> .....  | 19 |
| <i>Bereich Information</i> .....                                  | 22 |
| <i>Bereich Soziales</i> .....                                     | 26 |
| <i>Bereich Wirtschaft</i> .....                                   | 40 |

---

## UNSERE LEITTHEMENFELDER 2014

---

### *LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"*

Die Vorhaben im Leitthemenfeld 1 „Mehr Chancengerechtigkeit durch Bildungsreform“ für 2014 verfolgen drei konkrete Ziele, diese lauten: (1) Bildungswege eröffnen – (2) Bildungshürden beseitigen – (3) Qualität sichern. Diese Ziele sollen in den vier Schwerpunkten „vorschulische Bildung“, „Schule und Lehrausbildung“, „Hochschule“ und „berufliche Weiterbildung“ durch folgende Projekte erreicht werden:

- Ausbau und Qualität von Ganztagschulen, vorzugsweise in verschränkter Form, erreichen. Diese Zielsetzung ist sowohl für die Eltern (Entlastung) als auch für die SchülerInnen (Förderung) von zentraler Bedeutung. Ein rascher Ausbau der Ganztagschulen ist zugleich ein bildungspolitisches Erfordernis. Im Jahr 2014 wird die AK Studien zum Thema „Qualität in der Ganztagsbetreuung“ und „Betreuungssituation von Kindern berufstätiger Eltern“ öffentlich präsentieren und eine Kriterienliste für „gute Qualität in Ganztagschulen“ vorstellen. (Ziele 2, 3)
- Reduzierung des frühen Schulabbruchs (Early School Leaving). Im Regierungsprogramm wurde das Ziel gesetzt, dass alle unter 18jährigen eine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung abschließen. Die AK wird die geplanten Umsetzungsmaßnahmen begleiten und unterstützen. Im Hinblick auf den frühen Schulabbruch wird die AK 2014 in einer bereits fertig gestellten Studie geeignete Maßnahmen (pull-Faktoren) für spezielle Zielgruppen vorstellen. (1)
- Reform der 9. Schulstufe. Diese ist gegenwärtig mit großen Image- und Zugangsproblemen behaftet. Die Umsetzung des in der Regierungserklärung vorgesehenen Projekts „Polytechnische Schule PLUS“ wird von der AK aktiv mitgestaltet. (2)
- Novelle des Berufsausbildungsgesetzes. Diese soll 2014 erfolgen. Ziele der AK für diese Novelle sind die Verbesserung der Qualität, vor allem durch Maßnahmen zur Evaluierung der betrieblichen Ausbildungsleistung und arbeitsrechtliche Verbesserungen für die Lehrlinge. (3)
- Verbesserung der Qualität und der Rahmenbedingungen der Lehrabschlussprüfung. Gegenwärtig gibt es hier Mängel bezüglich der Qualität der Prüfungsunterlagen, der Schulungsangebote sowie eine suboptimale Personalpolitik bei den PrüferInnen. Erste Schritte sind erfolgt, durch die Entwicklung eines „PrüferInnenzertifikats“ und die Förderung und Ausbildung von PrüferInnen der ArbeitnehmerInnenseite. Ziele in diesem Jahr sind vor allem die Evaluierung der Prüfungsfragen und –aufgaben und

- für die PrüferInnen die Ersetzung des entstandenen Verdienstentgangs oder ein Dienstfreistellungsanspruch.(3)
- Niedrigschwellige Gestaltung des Lehrlingscoachings. Dieses ist ein Pilotprojekt in Wien, Steiermark, Tirol und OÖ, befristet bis Ende 2013 und wird derzeit evaluiert. Die derzeitige Konzeption ist u.E. zu bürokratisch. Ziel ist die Ausweitung eines niedrigschwelligen Lehrlings- und Lehrberechtigtencoachings auf ganz Österreich.(2)
  - Soziale Durchlässigkeit bei Hochschulen thematisieren und Vorschläge öffentlich machen. Ziele sind hier eine Reform der Studienförderung auf Basis der vorliegenden Vorschläge der AK; der Ausbau des Fachhochschulsektors (50 000 zusätzliche Studierende) unter besonderer Berücksichtigung von nicht-traditionellen Studierenden und generell eine Verbesserung der Informationssituation für diese; ferner Maßnahmen zu Verbesserung der Anrechnungspraxis für BHS-AbsolventInnen. (1, 2)
  - Umsetzung des Qualifikationsplans Wien Dieser ist eine gemeinsame Strategie zur Verringerung des Anteils formal gering qualifizierter Personen in Wien. Ziel für 2014 ist eine Ausweitung der AMS- und WAFF-Angebote zur Höherqualifizierung sowie anschließende erfolgreiche Vermittlungen einer relevanten Gruppe in den ersten Arbeitsmarkt; die Implementierung eines Modells zur Schaffung von Unterstützungsstrukturen für die Validierung informeller und non-formaler Kompetenzen; die Entwicklung eines Wiener Qualifikationspasses, der erworbene, auch aus dem Ausland mitgebrachte Kompetenzen sichtbar machen soll. (1)
  - BildungslotsInnen. Dies ist ein von der AK initiiertes Projekt mit ESF-Förderung und WAFF-Kofinanzierung, mit dem in Betrieben „Peers“ herangebildet werden, die ihre KollegInnen für Bildung motivieren und darüber informieren. Ein Konzept liegt vor und soll 2014 in zwei Betrieben pilotiert werden. (1)
  - Schlüsselkompetenzen in allen Altersstufen erwerben und ausbauen. Die Dringlichkeit dieser Vorhaben wurde durch die Ergebnisse bei internationalen Tests (PIAAC, PISA) wieder verdeutlicht. Ziele für 2014 sind u.a. die tertiäre Ausbildung für KindergartenpädagogInnen auf den Weg zu bringen; Berufs- und Bildungswegorientierung als Gegenstand in allen Sekundarschulen; das Nachholen von Abschlüssen kostenlos zugänglich gestalten; Bündnispartner für die Durchsetzung eines „Weiterbildungsfonds“ gewinnen; Fachkräftestipendium und Bildungsteilzeit evaluieren; die Verlängerung und der Ausbau der „Initiative Erwachsenenbildung“. (2)
  - Mehrsprachigkeit fördern und wertschätzen. In 2014 werden die AK-Studien „Lehrlinge mit Migrationshintergrund“ sowie „Beschäftigungssituation von MigrantInnen in Wien“ präsentiert und verwertet. (2)
  - Verwertung der Befragung „Beruf-Baby-Bildung“. Dies ist eine Befragung von Wiener ArbeitnehmerInnen zu Wiedereinstieg und Weiterbildung, durchgeführt vom IHS im Auftrag der AK. Aus der Befragung werden Erkenntnisse zu den Fragen Karenzgeldmodelle, partnerschaftliche Teilung der Karenz, Gründe für

Arbeitgeberwechsel, Arbeitszeitpräferenzen beim Wiedereinstieg, verschlechternde Versetzungen etc. erwartet, die für 2014 in konkrete politische Maßnahmen bzw. Forderungen umgesetzt werden sollen. (2)

## LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"

**Ziel** ist die Weiterentwicklung der Teilhabechancen und der sozialstaatlichen Absicherung in Österreich sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, eine höhere Beschäftigungsquote und bessere Arbeitsbedingungen.

- **Entwicklung eines optimistischen Sozialstaatsverständnis - Hauptthesen:**
  - die Zukunft der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist positiv gestaltbar
  - Gezielte Investitionen „rechnen sich“ durch den Anstieg der Beschäftigung, einen Beitrag zu höherem Wirtschaftswachstum und durch mittel-/langfristige Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte!
  - Vorzeigeländer haben hohe Sozial- und Bildungsstandards - dadurch konnten diese Länder auch die Herausforderungen der Krisen(n) „besser“ als andere Länder bewältigen!
- **Verhindern eines Rückbaus der funktionierenden Sozialsysteme zB für eine kurzfristige Budgetkonsolidierung.**
- **Nur durch die entsprechenden Investitionen lassen sich die strukturellen Schwächen und Defizite in Österreich beseitigen** (ua soziale Infrastruktur, Behebung von Qualifikationsdefiziten, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren, Nutzung von bestehenden Ressourcen und Potenzialen von Menschen mit Migrationshintergrund, Kleinkindförderung, etc.)
- **Die Bildungs- und Sozialpolitik iwS muss aktiv egalisierend gegensteuern**, da die gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Tendenzen in Richtung zunehmender Ungleichheit wirken. Durch die Disfunktionalität der sozialen und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen können die gesellschaftlichen Ungleichgewichte verstärkt werden.

## LTF 3 "Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung"

Die gängige europäische Makropolitik versucht nach dem Motto ‚more of the same der alten Rezepte‘, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bereits 7 Jahre hinzieht, zu bewältigen. Dabei wurden die Krisenursachen noch nicht beseitigt. Als ArbeitnehmerInnenbewegung ist es daher wichtig, die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der europäischen Wirtschaftspolitik zu betonen. Denn europäische Maßnahmen haben auf Grund der engen ökonomischen Verflechtung und der bisher getroffenen Regelungen der EU Economic Governance großen Einfluss auf die kleine offene Volkswirtschaft des Eurolands Österreich und dessen Wohlfahrtsstaatssystem. Mit den bereits implementierten Maßnahmen werden die negativen sozialen und ökonomischen Folgen der Krise verstärkt. Der Focus sollte daher verstärkt auf Ziele gelegt werden, die den sozialen Zusammenhalt in Europa stärken und den europäischen BürgerInnen Wohlstand und Beschäftigung bringen, aber auch die österreichischen Spezifika berücksichtigen. Dazu müssen aber ein Vielzahl von Voraussetzungen geschaffen werden:

- Umfassende Regulierung der Finanzmärkte,
- Zurückdrängen der Macht der Finanz- und Wirtschaftslobbies
- Nachhaltige Strukturreform im Steuersystem, die Einkommen auf Arbeit entlasten und den Finanzsektor, große Vermögen und Vermögenszuwächse stärker einbeziehen und eine europäische Steuerpolitik, die die Schließung von Steueroasen vorantreibt
- Eine langfristig angelegte Konsolidierungsstrategie, die in eine nachhaltige wirtschaftspolitische Gesamtstrategie eingebettet ist und damit mehr Wohlstand und Vollbeschäftigung ermöglicht
- mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen,
- Gerechte Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern
- Steigerung der sozialen Mobilität in der Gesellschaft
- Die Rehabilitation des Staates: wir brauchen den Staat als langfristig stabilisierenden Faktor – und auch als Investor für leistbare Wohnungen und in soziale Dienstleistungen (siehe auch LTF2)
- Erhaltung der Daseinsvorsorge
- Eine Neuausrichtung Europas und der Eurozone auf Wohlstands-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele, die auf ökologische Kriterien Rücksicht nimmt

Das Leitthemenfeld 3 beschäftigt sich daher im Jahr 2014 weiterhin in den Schwerpunkten Verteilungsgerechtigkeit und neues Wohlstands- und Verteilungsmodell (für Europa) mit den genannten Themen. Besonders die EU-Wahl kann zum Anlass genommen werden, unsere Anliegen für einen Kurswechsel in der Politik in die Öffentlichkeit zu tragen.

## LTF 4 "Qualität der Arbeit"

Im Rahmen der Erweiterung der EU sind eine Reihe von Mitgliedstaaten aufgenommen worden, die einerseits bedingt durch den Entwicklungsstand zum Zeitpunkt des Beitritts, andererseits durch die Wirtschaftskrise großes Arbeitskräftepotential für den österreichischen Arbeitsmarkt darstellen. Zur Verhinderung des damit befürchteten Lohndumpings wurden gesetzliche Vorkehrungen getroffen, die seit dem 01.05.2011 in Kraft stehen. Durch die 2014 auch Bulgarien und Rumänien zukommende Freizügigkeit wird der bestehende Druck auf das österreichische Lohnniveau verstärkt werden. Für die AK ist es daher wichtig, alle möglichen Maßnahmen zur Einhaltung des inländischen Lohnniveaus zu setzen, dazu gehören einerseits die Beobachtung des Arbeitsmarktes, die Zusammenarbeit mit den Kontroll- und Verfolgungsbehörden und letztendlich die Rechtsdurchsetzung von Ansprüchen, die sich aus dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz ergeben. Aus Letzterem ergibt sich auch die Notwendigkeit, die grenzüberschreitende Anspruchsabwicklung zu gewährleisten.

Fragen der Gleichbehandlung in der Arbeitswelt sind sowohl in gesellschaftspolitischer wie auch arbeitsrechtlicher Hinsicht eine bedeutende Schwerpunktarbeit der AK. Dazu gehören Fragen der effektiven Umsetzung bereits bestehender Rechtsgrundlagen als auch Grundlagenarbeit für die Formulierung der Weiterentwicklungsziele. Ein Schwerpunktthema ist dabei die Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit im Zusammenhang stehend die Väterbeteiligung.

Im Bereich des allgemeinen Arbeitsrechts ist die Entwicklung des Arbeitsrechts insbesondere auch im Hinblick auf beschlossene Vorhaben im Koalitionsübereinkommen positiv im Sinne der Arbeitnehmer zu beeinflussen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Arbeitsvertragsgestaltung durch Vertragsklauseln zu, die sowohl im Bereich der sozialwissenschaftlichen Betrachtung als auch der Rechtsentwicklung besonderes interessenpolitisches Ziel der Arbeiterkammer sein werden. Neue technische Möglichkeiten im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung werden genauso wie Rechtsentwicklungen neuer Arbeitsformen behandelt und bearbeitet.

Arbeitszeitperspektiven sind in Zeiten zunehmender Arbeitsverdichtung, überlanger Arbeitszeiten und psychischer Belastungen am Arbeitsplatz wichtiger denn je geworden. In Verbindung mit den Erfahrungen der Beratungsabteilungen muss sozialpolitische Grundlagenarbeit taugliche Argumente erarbeiten und gleichzeitig gewerkschaftlichen Arbeitszeitbestrebungen eine entsprechende Unterstützung liefern. Des Weiteren ist der Verhinderung von unbezahlter Mehr- und Überstundenarbeit besonderes Augenmerk zu widmen.

Im Rahmen von Gesetzwerdungsprozessen erbringt die AK seit jeher anerkannte Leistungen. Nunmehr sollen auch Prozesse implementiert werden, die unmittelbar nach Inkrafttreten interessenpolitisch besonders interessanter Regelungen, die damit im Zusammenhang stehenden Entwicklungen beobachten und allfällige Verbesserungsnotwendigkeiten aufzeigen sollen.

Besonderer Schwerpunkt für das Jahr 2014 wird die Bearbeitung von Arbeitszeitfragen bilden. Für ArbeitnehmerInnen besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass konkrete Arbeitszeiteinteilungen mit ihren privaten Lebenssituationen vereinbar sein müssen und geleistete Arbeitszeiten auch ausreichend und richtig entlohnt werden.

Im Hinblick darauf, dass 2014 das Ende der ersten Übergangsphase in den absoluten Kündigungsschutz sein wird, ist besonders zu beobachten, wie sich in dieser Phase die Arbeitsverhältnisse entwickeln. Im Falle der negativen Auswirkung (Kündigung vor Eintritt in den besonderen Kündigungsschutz) sind geeignete Maßnahmen zur Hintanhaltung der negativen Effekte zu formulieren und dem Gesetzgeber nahezubringen.

Im Bereich sozialwissenschaftlicher Studien hat die AK 2014 vor, die Ergebnisse arbeits- und sozialgerichtlicher Verfahren auszuwerten.

Neue Formen der Selbstständigkeit im Grenzbereich zur unselbstständigen Arbeit werden im Rahmen einer Studienauswertung besonders dargestellt und eine interessenpolitischen Bewertung unterzogen.



---

## ZIELE, VORHABEN UND SCHWERPUNKTE DER BEREICHE

---

### Zentralbereich

#### **Wahlvorbereitung / Wahlbüro in Verbindung mit Bereich Information**

Die Abwicklung der für 2014 gesetzlich vorgeschriebenen AK-Wahl erfolgt in Form eines Projektes (Leitung Arthur Ficzek, stv. Leitung Norbert Bacher-Lagler). Beiträge der Abt DP:

- Die Abt DP stellt dem Projekt eine Mitarbeiterin Vollzeit zur Verfügung (Brigitte Eidler, Hauptverantwortliche für Material), sie gehört dem Projektteam AK-Wahl 2014 an.
- Unter Leitung des Direktors wurde eine Arbeitsgruppe Koordinationsteam AK-Wahl 2014 eingerichtet. TeilnehmerInnen: Werner Muhm (Vorsitz), Astrid Bertalan, Matthias Balla (Protokoll), Norbert Bacher-Lagler, Gerald Berger, Arthur Ficzek, Bernadette Kendlbacher, Alice Kundtner, Roland Marcon, Wolfgang Mitterlehner, Gabriela Neuwirth, Chastil Schamilov.
- Die AK-Wahl 2014 ist in der monatlichen Besprechung der Direktoren der Länderkammern als fixer Tagesordnungspunkt verankert.
- Als Folge der AK-Wahl 2014 werden alle Gremien neu zu konstituieren und div. Ausschüsse einzurichten sein.

#### **Organisation und Koordination der Kommunikation der AK Wahl 2014**

In der Abteilung Kommunikation wird teamübergreifend ein Projekt aufgesetzt werden, das die Kommunikation die AK Wahl 2014 organisiert und koordiniert und unterstützt das Wahlbüro, wobei erstmals eine Wahlmobilisierungskampagne österreichweit von allen Länderkammern mit einem gemeinsamen Sujet betrieben wird.

- Unterstützung des Wahlbüros und deren Projektziele
- Kommunikative Begleitung, optimale Informationsarbeit zu möglichst vielen AK Mitgliedern vor allem zur Briefwahl
- Entwicklung eines Baukastensystems an Maßnahmen und Werkzeugen gemeinsam mit der Agentur TBWA auf Basis des vom BAK Vorstand beschlossenen gemeinsamen Wahllogos
- Entwicklung, Produktion und Bestellung von – auch zielgruppenspezifischen – Streuartikeln und Giveaways
- Aussendung von Mailings an die Wahlberechtigten – in Abstimmung mit dem Wahlbüro
- Entwicklung und Produktion von Infomaterialien

### **Strategieprozess weiter vorantreiben**

- Ziel ist es, den Strategieprozess stärker im Haus zu integrieren. Voraussetzung dafür ist unter anderem eine höhere Akzeptanz und Aktivität bei den ReferentInnen und AbteilungsleiterInnen zu erreichen. Das kann durch mehr und bessere Information ins Haus (Nutzen, Prozessklarheit), über Schulungen der SchlüsselspielerInnen und über gelungene Informations- und Diskussionsplattformen (Strategieklausuren, Wissensmarkt) erfolgen.

### **Abschluss des Projekts Zentrale Verwaltung**

- Die Arbeitsprozesse der Zentralen Verwaltung wurden durch die Firma act evaluiert und gemeinsam optimiert, wobei besonderes Augenmerk auf den Einsatz der vorhandenen personellen Ressourcen, die Notwendigkeit des Einsatzes von Fremdpersonal sowie das Verhältnis zu den bestehenden Wartungsverträgen gelegt wurde. Das Projekt wird dieses Jahr abgeschlossen.

### **Neustrukturierung des Themenbereichs Wissensmanagement in der AK Wien**

- Bisher wurde der Komplex Wissensmanagement von Vera Lacina, mit Unterstützung von René Postler durchgeführt/weiterentwickelt. In Zukunft wird sich Koll Lacina wieder auf die Agenden der Abt WiPol konzentrieren. Daher wird dieser Themenkomplex neu entworfen und strukturiert. Ein Konzept "Wissensmanagement der AK Wien" wird erstellt.

### **Neubau Plößlgasse 2**

- An der Adresse Plößlgasse 2 entsteht bis Ende Q2/ Anfang Q3 2015 ein neues Gebäude der AK Wien welches die Abteilung IT der AK Wien & NÖ nutzen werden.
- Weiters werden sich dort ein Konferenzbereich der AK Wien, eine Beratungszone der AK NÖ sowie eine Chill Out Zone der SozAk befinden.

### **Konstituierung der AK Wien Gremien**

- Reibungslose Abwicklung der Neukonstituierung der Gremien

### **Implementierung Austrittsmanagement**

- Leitfaden Wissenstransfer bei Ausscheiden für Führungskräfte und MitarbeiterInnen
- Verabschiedung der PensionistInnen des jeweiligen Jahres in neuem Format durchführen
- Organisation und Durchführung der Veranstaltung "Zwischenbilanz"

### LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"

- Ausbau und Qualität von Ganztagschulen, vorzugsweise in verschränkter Form, erreichen. Diese Zielsetzung ist sowohl für die Eltern (Entlastung) als auch für die SchülerInnen (Förderung) von zentraler Bedeutung.
- Schlüsselkompetenzen in allen Altersstufen erwerben und ausbauen: Der erschreckend hohe Anteil an (erwerbstätigen) Personen, denen grundlegende Kompetenzen fehlen ist Anlass für die Verstärkung der Forderungen nach betrieblicher Weiterbildung; Recht auf eine Woche Weiterbildung; dementsprechende Finanzierungsmodelle sowie Ausbau der „Initiative Erwachsenenbildung“ (Basisbildung/Hauptschulabschluss).
- Early School Leaving – Früher Schulabbruch: Analysen und Lösungen. Im Regierungsprogramm wurde das Ziel gesetzt, dass alle unter 18jährigen eine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung abschließen. Die AK wird die geplanten Umsetzungsmaßnahmen begleiten und unterstützen.
- Reform der 9. Schulstufe. Diese ist gegenwärtig mit großen Image- und Zugangsproblemen behaftet. Die Umsetzung des in der Regierungserklärung vorgesehenen Projekts vorgesehene „Polytechnische Schule PLUS“ wird von der AK aktiv mitgestaltet.
- Mehrsprachigkeit fördern und wertschätzen: Wiens ArbeitnehmerInnen sind zu über 40% mehrsprachig; diese Kompetenzen müssen in Arbeitswelt und Schule entwickelt, gefördert und wertgeschätzt werden.
- Soziale Durchlässigkeit zum Hochschulsektor thematisieren und öffentlich machen. Berufstätig Studierende und Studierende aus sozial benachteiligten Schichten finden im Hochschulsektor wenig Berücksichtigung. Über den Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen und Studiengängen für nicht-traditionell Studierende an Fachhochschulen sollen Verbesserungen für benachteiligte bzw ArbeitnehmerInnengruppen erreicht werden.

### LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"

- Konferenz Wien wächst. Ziel der Konferenz ist es, das breite Feld der Möglichkeiten und Herausforderungen, die sich für eine wachsende Stadt wie Wien ergeben, zu thematisieren.
- Gentrification (Aufwertung von Stadtvierteln mit der Folge der Verdrängung der ursprünglich ansässigen Bevölkerung) in Wien. Innerhalb und außerhalb der AK besteht bislang wenig Wissen in Zusammenhang mit Gentrification und über Segregationsprozesse (Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen aufgrund des

sozialen Hintergrunds in bestimmten Wohngegenden) in Wien. Vor diesem Hintergrund wird die Thematik wissenschaftlich und praxisnah aufbereitet.

### LTF 3 "Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung"

- Leistbare Wohnversorgung thematisieren und durchsetzen
- KonsumentInnen von Nachteilen bei Finanzdienstleistungen schützen
- Preismonitoring
- Kommerzialisierung und nicht-kommerzielle Nutzung im Öffentlichen Raum
- Wiener Budgetanalyse unter besonderer Berücksichtigung vom Wohnbau und der Wirtschaftsförderung
- Industriepolitik Wien: Beauftragung und Verwertung der Ergebnisse einer diebezüglichen Studie

### LTF 4 "Qualität der Arbeit"

- Migrantische Ökonomien in Wien - Mit der Durchführung der Studie „Migrantische Ökonomien in Wien“ wurde ein allgemeiner und erster Einblick über ethnische/migrantische Ökonomien in Wien erarbeitet und der Stellenwert für die Arbeit und die Stadtwirtschaft abschätzbar gemacht.
- Wien radelt zur Arbeit. Gemeinsame Aktion mit Radverkehrslobby und Stadt Wien und Durchführung des Abschlussevents in der AK.

**Umsetzung der AK-Prioritäten aus dem Regierungsprogramm:** Wichtige Forderungen für den Bereich Bildung und KonsumentInnenrechte finden sich im Regierungsprogramm 2013 bis 2018 wieder. Ziel ist es, die aus AK-Sicht wichtigsten Vorhaben prioritär zu behandeln und zügig umzusetzen.

**Diversitäts-Mainstreaming:** Die Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in Wien - insbesondere bei Bildung und als KonsumentInnen - teilhaben können oder konkrete Fördermaßnahmen notwendig sind, wird in der Analyse und bei der Formulierung der politischen Forderungen speziell berücksichtigt sowie in der interessenpolitischen Arbeit und im Service umgesetzt.

**AK-Jugendprojekt:** Der Endbericht des AK-Jugendprojektes wird im Jänner 2014 vorliegen. Die Empfehlungen und die vom Management-Team zu beschließenden Maßnahmen werden von den jeweiligen Abteilungen umgesetzt.

**Leistbares Wohnen** ist ein Schwerpunkt der AK im Jahr 2014. Zentrale Punkte sind die Reform des Mietrechts und die erneute Zweckbindung der Wohnbauförderung sowie Sicherung und Ausbau von bedarfsgerechtem Neubau. Im ersten Halbjahr wird den Mitgliedern der AK angeboten, ihre befristeten Mietverträge überprüfen zu lassen.

## Die wichtigsten Beiträge zu den Leitthemenfeldern

### Leitthemenfeld: Chancengleichheit durch Bildungsreform

#### **Ziel: Bessere Vereinbarkeit von Bildung – Beruf – Privatleben: Schwerpunkt Ganztagschule**

Im Rahmen des Ausbaus der schulischen Ganztagesbetreuung, vorzugsweise in verschränkter Form, ist gute Qualität für Eltern (Entlastung) und Kinder (Förderung) zentral. Gleichzeitig ist ein rascher Ausbau wichtig, um die bildungspolitischen Erfordernisse umzusetzen. Die Erstellung einer Kriterienliste für gute Qualität in Ganztagschulen soll die Qualitätsvorstellungen aus der Sicht berufstätiger Eltern sichtbar machen. Studien zum Thema "Kinderbetreuung außerhalb der Schulzeit" und "Best Practice Modelle Ganztagschule" (Modellschulen in bester Qualität als Leitschulen) bilden die wissenschaftliche Grundlage dafür. Das Thema Ganztagschule wird Schwerpunkt in der Interessenpolitik sowie der Öffentlichkeitsarbeit sein.

#### **Ziel: "Frühen Schulabbruch verhindern"**

Das Thema Early School Leaving (ESL) - Früher Schulabbruch wird 2014 anhand der ausgearbeiteten Vorschläge und Studien weitergeführt und mit Arbeitsmarktanforderungen verschränkt werden. Die Ergebnisse ESL-Studie werden in Abstimmung mit Jugendcoaching, Wiener Ausbildungsgarantie und in Kooperation mit AutorInnen verwandter Studien weiter bearbeitet. Die Problem- und Bedürfnislagen von Personen in Wien, die weder über eine abgeschlossene Schul- oder Lehrausbildung verfügen, noch in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert sind, sollen festgestellt werden. Aufbauend auf den Studienergebnissen sollen Ansätze für Lösungskonzepte bzw Präventivstrategien erarbeitet werden. Die AK wird am angekündigten Maßnahmenpaket und dessen Umsetzung mitarbeiten und im regelmäßigen Austausch mit den relevanten AkteurInnen in Wien stehen.

#### **Ziel: Erhöhung soziale Durchlässigkeit zum Hochschulsektor**

Berufstätig Studierende und Studierende aus sozial benachteiligten Schichten finden im Hochschulsektor wenig Berücksichtigung. Über den Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen an Fachhochschulen wurde bisher eine leichte Verbesserung erreicht. Die Forderung nach einem weiteren Ausbau der berufsbegleitenden Plätze bleibt weiterhin zentral in der Öffentlichkeitsarbeit der AK. Die Erhebung zur sozialen Lage der Studierenden und die AK-interne Stipendienstudie unterstützen die AK-Forderungen nach einer grundlegenden Reform der Studienförderung.

### **Ziel: Verbesserung der Durchlässigkeit durch Kompetenz-Anrechnung**

Die AK setzt sich für das Nachholen von Abschlüssen ein, damit neben Basisbildung und Pflichtschulabschluss auch das Nachholen der Lehrabschlussprüfung sowie die Berufsreifeprüfung für alle ohne Gebühren zu erlangen sind. Ziel ist es, den Anteil der AbsolventInnen von den eben genannten Abschlüssen zu erhöhen. Für Alphabetisierung und Basisbildung sind insbesondere umfassende und aneinander anschließende Kurse und Lehrgänge geeignet, da vor allem für bildungsferne Zielgruppen Unterbrechungen des Lernprozesses dem Erreichen des Lernzieles im Wege stehen. Es sollten verstärkt Kursmodelle angeboten werden, die ein kontinuierliches Lernen ermöglichen sowie eine ausreichende finanzielle Absicherung während der Ausbildungszeit sichergestellt werden.

Die Anerkennung formaler und informeller Kompetenzen von Menschen in der Arbeitswelt ist noch mangelhaft und benachteiligt viele Gruppen sowohl im Arbeitseinsatz als auch in der Entlohnung. Ein wichtiger Punkt dabei ist auch die Wertschätzung, Anerkennung und Förderung von Mehrsprachigkeit in Bildung und Arbeitswelt. Die AK wird 2014 weiter am Thema „Förderung und Wertschätzung von Mehrsprachigkeit in Schule und Arbeitswelt“ arbeiten.

### **Leitthemenfeld: Investiver und produktiver Sozialstaat**

#### **Ziel: Konferenz Wien wächst – Herausforderung aufzeigen**

Ziel der Konferenz ist es, das breite Feld der Möglichkeiten und Herausforderungen, die sich für eine wachsende Stadt wie Wien ergeben, aufzureißen. Insbesondere sollen die Segmente Verkehr, Wohnen, Bildung, Arbeitsmarkt/Beschäftigung, Wirtschaft und Finanzierung näher analysiert werden. Dabei soll nicht nur jeweils der Status Quo dargestellt, sondern auch die sich durch den kontinuierlichen Zuzug ergebenden Herausforderungen für die einzelnen Bereiche analysiert werden.

**Ziel: Gentrification** (Aufwertung von Stadtvierteln mit der Folge der Verdrängung der ursprünglich ansässigen Bevölkerung) **in Wien aufzeigen**

Innerhalb und außerhalb der AK besteht bislang wenig Wissen in Zusammenhang mit Gentrification und über Segregationsprozesse (Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen aufgrund des sozialen Hintergrunds in bestimmten Wohngegenden) in Wien. Vor diesem Hintergrund wird die Thematik wissenschaftlich und praxisnah aufbereitet. Im Kontext der dualen Bearbeitung wird die Materie entlang ökonomischer und sozialer Dimensionen analysiert und es werden Aspekte der Diversität der Stadtbevölkerung beleuchtet.

## Leitthemenfeld: Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung

### **Ziel: Leistbare Wohnversorgung thematisieren und durchsetzen**

Zentrale Punkte sind dabei Reformen im Mietrecht und Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht zugunsten der MieterInnen zu erreichen. Im Mietrecht sollen, insbesondere Erhaltungspflichten des Vermieters (Heiztherme, u.a.) festgelegt, Befristungsmöglichkeiten beschränkt und Grundsteuer aus den Betriebskosten herausgelöst werden. Transparenz soll bei den Zu- und Abschlägen und Mietzinssenkung durch ein funktionales Richtwertmietzinssystem hergestellt werden. Die erneute Zweckbindung der Wohnbauförderung sowie Zweckbindung der Rückflüsse aus bereits begebenen Darlehen würde Sicherung und Ausbau sowie bedarfsgerechte Neubauleistung gewährleisten.

Im ersten Halbjahr wird den Mitgliedern der AK angeboten, ihre befristeten Mietverträge überprüfen zu lassen. Ziel dieser Aktion ist das Aufzeigen von gesetzlich nicht gedeckten zu hohen Mieten. Dadurch wird sich für die MieterInnen eine Grundlage bieten, die Reduzierung des Mietzins zu verlangen und durchzusetzen.

Das Thema wurde auf der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer im Herbst 2013 und in zahlreichen Anträgen der Wiener Vollversammlung in der AK aufgegriffen und wird über die Fraktionen hinweg breit getragen.

In einer **Kampagne** – Laufzeit Jänner 2014 bis ca. Mai/Juni 2014 – sollen die Mitglieder mit den Anliegen vertraut gemacht werden, mit einer **Umfrage** nach ihren wichtigen Anliegen gefragt und damit auf die Bundesregierung (in der Koalitionsvereinbarung wird die Wohnpolitik nur vage und ohne klar definierte Maßnahmen und Zeitpläne behandelt) und die Wiener Stadtregierung politisch eingewirkt werden. Die Umfrage wird mit einer **Sondernummer AKFÜRSIE** gestartet und ist mit einem **Gewinnspiel** verbunden; die Kampagne wird **begleitet durch PR** und werbliche Maßnahmen sowie einer **Internetseite**, auf der die Umfrage ebenfalls publiziert ist.

### **Ziel: KonsumentInnen vor Nachteilen bei Finanzdienstleistungen schützen**

Auf EU-Ebene gibt es einige Vorhaben um Anleger besser zu schützen. Informationen über Finanzdienstleistungen müssen leicht verständlich sein und die VerbraucherInnen in die Lage versetzen, Produkte vergleichen zu können. Es wird auch angestrebt, Finanzanlagen zu verbieten, die zu komplex sind, um von der Zielgruppe verstanden zu werden. Provisionsschemata im Vertriebsbereich sollten überdacht werden. Auch Aufsichtsbehörden sollen Konsumentenschutzagenden wahrnehmen.

Für von der Alpine-Pleite geschädigte AnleihernehmerInnen wurde bereits im Herbst 2013 eine Hotline eröffnet. 2014 sollen Sammelinterventionen beziehungsweise Sammelklagen

geprüft und durchgeführt werden, um die Ersatzansprüche der AnlegerInnen geltend zu machen.

#### **Ziel: Preismonitoring**

Weiterführung der regelmäßigen Beobachtung der Preisentwicklungen vor allem im Lebensmittelbereich aber auch bei Drogeriewaren. Anlassbezogen spezifische Preiserhebungen zu Waren oder Dienstleistungen, wenn Preiserhöhungen dazu Anlass geben.

Das Monitoring von Bankenpreisen (Zinsen, Spesen) wird weitergeführt und einmal jährlich veröffentlicht.

#### **Ziel: Verteilung des öffentlichen Raumes thematisieren**

Welche verteilungspolitischen Zielsetzungen und Rahmenbedingungen sind bei der Entwicklung von kommerziellen wie auch nicht-kommerziellen öffentlichen Räumen zu beachten? Welche Handlungsmöglichkeiten und Anforderungen ergeben sich damit die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums vor dem Hintergrund der zunehmenden Kommerzialisierung weiterhin gewährleistet werden kann? Welche Anforderungen an die Qualität des öffentlichen Raums stellen sich aus Sicht der Arbeitsbevölkerung?

#### **Ziel: Industriepolitik in Wien als Politikansatz forcieren**

Beauftragung und Verwertung der Ergebnisse einer Studie zum Thema Industriepolitik in Wien (ev. industriepolitische Tagung etc).

#### Leitthemenfeld: Qualität der Arbeit

#### **Ziel: Wien radelt zur Arbeit – gesunden Arbeitsweg fördern**

'Mit dem Rad zur Arbeit' als betriebliche Gesundheitsvorsorge: Viele Arbeitswege sind sehr leicht mit dem Fahrrad zurückzulegen. Ob der gesamte Weg von Wohn- zu Arbeitsort oder nur eine Teilstrecke zur Haltestelle des öffentlichen Verkehrs, das Rad eignet sich als gesunde und umweltfreundliche Alternative zur Bewältigung des Arbeitswegs. Wenn in der Arbeitswelt der Trend zu immer mehr sitzenden Tätigkeiten geht, muss ein Ausgleich her. Der kann per Rad am Arbeitsweg gut geschaffen werden.



Gemeinsame Aktion mit Radverkehrslobby und Stadt Wien und Durchführung des Abschlussevents.

#### **Ziel: Migrantische Ökonomien in Wien – Arbeitsqualität erheben**

Mit der Durchführung der Studie „Migrantische Ökonomien in Wien“ wurde ein allgemeiner und erster Einblick über ethnische/migrantische Ökonomien in Wien erarbeitet und der Stellenwert für die Arbeit und die Stadtwirtschaft abschätzbar gemacht. Nach Abschluss der Studie sollen nun die erarbeiteten Ergebnisse in Hinblick auf eine möglichst effektive Verwertung aufbereitet werden.

#### **Schwerpunkte zur Wiener Kommunalpolitik**

In allen vier Leitthemenfeldern sind Projekte mit Wien-Fokus integriert. Darüber hinaus gibt es folgende Ziele für die Schwerpunkte zur Wiener Kommunalpolitik:

#### **Ziel: Zeitschrift „AK Stadt“ als Informationsquelle für MeinungsbildnerInnen festigen**

Seit ihrem Start Mai 2012 hat die Zeitschrift „AK Stadt“ ständig an LeserInnen gewonnen. Aktuelle Kommunalpolitik aus ArbeitnehmerInnensicht wird verständlich und auf ein Schwerpunktthema konzentriert aufbereitet. Politik und Serviceleistungen der Arbeiterkammern ergänzen die inhaltlichen Angebote. AbonnentInnen sind KollegInnen aus der Stadtpolitik, den Betriebsratskörperschaften, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen im Kommunalbereich, sowie Bedienstete der Stadtverwaltung und interessierte Mitglieder. Auch 2014 soll die Zeitschrift vierteljährlich in einer Printauflage von 5500 Stück erscheinen.

#### **Ziel: Beim Stadtentwicklungsplan Wien 2014 mitgestalten**

Beginnend mit 2013 wird bis 2014 ein neuer Stadtentwicklungsplan für Wien erarbeitet. Er legt als langfristiges, informelles Steuerungsinstrument, Entwicklungsschwerpunkte und Leitlinien für die mittel- bis langfristige Planung der Stadt fest und zeigt auch räumlich-funktionelle Zusammenhänge zwischen Stadt und Region auf. Als Instrument einer vorausschauenden Stadtplanung gibt er die Möglichkeit, Strategien, Prinzipien und Schwerpunkte vor, die die künftige Entwicklung der Stadt und auch die Möglichkeiten der ArbeitnehmerInnen maßgeblich mitbestimmen. Die aus Sicht der ArbeitnehmerInnen relevanten Problemlösungsansätze und Forderungen im Bereich der Stadtentwicklung werden von den ExpertInnen in den Prozess eingebracht werden.

### **Ziel: „Leben und Arbeiten in der Stadt“ als Schnittstelle verankern**

Die Schnittstellen von Arbeit, Wohnen und Freizeit sollen betreffend Verkehr, Stadtplanung und Flächenwidmung in der Stadtpolitik stärker berücksichtigt werden. Ebenso wie die Anforderungen im Bereich der Qualität des Arbeitsumfeldes, der Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr und im Bereich der sozialen Infrastruktur, etc. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden die Interessen, der vor Ort Beschäftigten bei städtebaulichen Großprojekten wahrgenommen und durchgesetzt.

Besondere Berücksichtigung und Bearbeitung der Interessen sozial benachteiligter ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen und deren Familien auf Stadt- bzw. Stadtteilebene stehen im Mittelpunkt.

### **„Die Soziale Stadt“ verstärkte Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen**

Aufbau und Erweiterung des Kernarbeitsfeldes "Soziale Stadt", das als langfristiger Arbeitsbereich in der Abteilung verankert wird. Die ersten Schwerpunkte werden in den Bereichen politische Partizipation unter spezieller Berücksichtigung von sozialen Beteiligungslagen, öffentlicher Raum und Öffentlichkeit, Diversität und Jugend in Wien gesetzt. Im Bereich Jugend und junge Menschen wird eine Expertise erarbeitet. Im Fokus stehen junge ArbeitnehmerInnen in Wien. Es soll in unterschiedlichen Feldern (Arbeit, Freizeit, Lebensräume, etc.) herausgearbeitet werden, was junge Menschen bewegt, welche Wertehaltungen dominieren, welche kommunalpolitischen Wünsche und Ziele es gibt und welche Rolle die AK in diesen Zusammenhängen spielen kann. Zunehmend lässt sich sinkendes Vertrauen in die Demokratie beobachten; nicht nur durch die Krise hat sich diese Entwicklung verstärkt. Neue Formen politischer Beteiligung werden verstärkt gefordert. Es gibt deutliche Hinweise, dass in BürgerInnenbeteiligungsverfahren die sozialen Schieflagen besonders ausgeprägt sind. So sind höhere soziale Schichten in großem Ausmaß überrepräsentiert, was eine ungleiche Verteilung öffentlicher Mittel und Ressourcen nach sich zieht.

### **Leistbares Wohnen in Wien sichern**

Um auf die Wiener Stadtregierung politisch einzuwirken und die Forderungen der AK zum Thema leistbares Wohnen durchzusetzen, wird eine Kampagne – Laufzeit Jänner 2014 bis ca. Mai/Juni 2014 – zum Thema gestartet. (siehe „LTF Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung“)

## Bereich arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz

Bereits in der Eingangsphase zu den persönlichen Vorsprachen in der AK wird das Jahr 2014 gravierende Änderungen erfahren. Durch die Übernahme von Rechtsschutzleistungen im Bereich des Bundesverwaltungsgerichtes ist mit einem verstärkten Andrang von Beratungskunden zu rechnen. Die daraus sich ergebenden neuen Kundenströme erzeugen einerseits zusätzlichen Handlungsbedarf in der richtigen und fristgerechten Beratung, als auch die Erschließung neuer Themengebiete.

Darüber hinaus sind 2014 die Vorbereitungsarbeiten für die Gestaltung der Organisation zur Registrierung von ArbeitnehmerInnen in Gesundheitsberufen festzulegen.

### **Arbeitsrechtliche Beratung**

Arbeitsrechtliche Beratungen der AK erfreuen sich seit Jahren ständig steigender Anfallszahlen. Vor allem der Bereich telefonischer bzw der E-Mail-Anfragen steigt von Jahr zu Jahr. Es ist daher notwendig, sämtliche Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der IT-Organisation zu ergreifen, um eine optimale Betreuung der Kunden bei gleichbleibender Ressourcenausstattung zu gewährleisten.

Zur Bewältigung der hohen Anfragenzahl ist es notwendig, die ohnehin auf eine gerichtliche Auseinandersetzung hindeutenden Problemfälle zum frühest möglichen Zeitpunkt aus der Beratungs- in die Rechtsdurchsetzungsabteilung zu transferieren. Es sind alle Maßnahmen einzuleiten, die zu einer Straffung der Abwicklung und zur effizientesten Beratung führen werden. Dazu gehören auch die optimale mediale Auseinandersetzung mit ständig wiederkehrenden arbeitsrechtlichen Problemlagen einerseits um die Sensibilität der ArbeitnehmerInnen zu erhöhen, andererseits um den Arbeitgebern die Konsequenzen etwaigen unrechtmäßigen Verhaltens vor Augen zu führen.

In interessenpolitischen Auseinandersetzungen wird die Abteilung Arbeitsrecht vor allem im Bereich der Erhaltung des inländischen Lohnniveaus der Rechtsentwicklung sowie in Arbeitszeitfragen Argumentationsgrundlagen für die zu führenden politischen Diskussionen einzuliefern haben.

### **Rechtsdurchsetzung**

Durch die Erweiterung der Rechtsschutzleistungen der AK auf Vertretung vor dem Bundesverwaltungsgericht wird sich das Tätigkeitsfeld der Rechtsschutzabteilung massiv erweitern. Vor allem im Bereich der Vertretung von Verfahren nach dem ALVG ist mit einer massiven Anfallsteigerung zu rechnen, sodass sowohl organisatorische als auch inhaltliche Auseinandersetzungen mit diesem Thema notwendig wurden. Die dazu gesetzten

Maßnahmen sind im ersten Halbjahr 2014 einem besonderen Berichtswesen zu unterziehen und zu evaluieren. Die im Rahmen der IT-Organisation neu gesetzten Maßnahmen (digitale Diktiergeräte, automatisierte Spracherkennung, Share-Point) sollen in jenen Bereichen eingesetzt werden, in denen dadurch Effizienzsteigerungen möglich werden.

Der Einsatz kollektiver Rechtsschutzinstrumente (Verbandsklagen) soll zu einer Verbesserung der Rechtssituation von Arbeitnehmern führen, ohne dass individuelle rechtliche gerichtliche Auseinandersetzungen notwendig werden. Dafür ist es notwendig, einerseits zusätzliche Erfahrungen mit dem Einsatz von Verbandsklagen zu gewinnen und andererseits die daraus sich ergebenden positiven Erkenntnisse der davon betroffenen Öffentlichkeit gezielt zugänglich zu machen. Ebenfalls im Bereich der kollektiven Rechtsschutzmaßnahmen sind Anzeigenerstattungen im Bereich des Lohn- und Sozialdumpings bzw anderer verwaltungsrechtlicher Verstöße durch Arbeitgeber einzubringen.

Im Rahmen der interessenpolitischen Schwerpunktsetzung zum Thema Arbeitszeit wird von der Abteilung Rechtsschutz die Auslotung gesetzlicher Bestimmungen in den Grenzbereichen der Rechtsschutzverpflichtungen erforscht werden. Damit werden Stärken und Schwächen bereits bestehender gesetzlicher Bestimmungen offenbar und in der öffentlichen Diskussion darstellbar. Durch die Aufarbeitung gerichtlicher Entscheidungen sollen Tendenzen in der Judikatur bzw in der Erstellung von Sachverständigengutachten darstellbar gemacht werden.

Die im Rahmen der Verfahrensführung sich ergebenden Auswirkungen auf den Bestand von Arbeitsverhältnissen sowohl im Bereich des allgemeinen als auch des besonderen Kündigungsschutzes werden dargestellt und für die interessenpolitische Auseinandersetzung verwertbar gemacht.

2014 soll die Studie über die erledigten arbeits- und sozialgerichtlicher Verfahren fertiggestellt werden.

### **Insolvenzabwicklung**

Die AK erbringt die Insolvenzvertretungsleistungen für ArbeitnehmerInnen unter Zuhilfenahme des Insolvenzschutzverbandes für ArbeitnehmerInnen (ISA). Im Jahre 2013 wurden die Rechtsschutzvertretungsleistungen durch das Auftreten von Großinsolvenzen massiv gefordert durch die bundesweite Organisation des ISA konnten diese Leistungen unter großen Anstrengungen aber zur vollsten Zufriedenheit der Betroffenen eingeleitet bzw abgewickelt werden. Im Hinblick auf die große Anzahl der angefallenen Vertretungsakten ist ein erklecklicher Anteil auch im Jahr 2014 nicht zur Gänze erledigt. Es wird daher 2014 weiterhin hoher Anstrengungen bedürfen, die anhängig gebliebenen Akten endzuerledigen.

Die im Rahmen der dargestellten Großinsolvenzen geschöpften Erfahrungen werden nach Evaluierung in den Regelbetrieb übernommen.

Durch die ständige Entwicklung technologischer Maßnahmen ist im Bereich der Insolvenzbearbeitung eine umfassende Adaptierung des verwendeten Programms INSIS notwendig. Die Verwendung des elektronischen Rechtsverkehrs, als auch die Adaptierung auf die neu gestaltete IEF-Service-Software wird daher 2014 abgeschlossen werden.

Im Rahmen der interessenpolitischen Auseinandersetzung über die Reform von Instrumenten der Insolvenz hat die Abteilung Insolvenzschutz im Rahmen der Auswertungen eigener Erfahrungen als auch unter Hinzuziehung anderer interessenpolitisch relevanter Fachabteilungen die Verhandlungsführung auf Expertenebene im Bereich des BMJ zu betreuen.

## Bereich Information

**Kontrolle der Betriebsratsfonds sowie deren treuhänderische Verwaltung**  
Tunlichst jährliche Prüfung der Kassengebarung und der Vermögensschaften der Wiener Betriebsratskörperschaften.

Beratung und Unterstützung von BR-Körperschaften, Schulungen, die Zurverfügungstellung elektronischer Hilfsmittel zur Kassenführung sowie Netzworlbildung und Informationsweitergabe von und zur AK Wien und den Fachgewerkschaften.

### **IFAM Ausbildung von ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat**

Im Rahmen der IFAM Reihe bietet die AK in Kooperation mit dem ÖGB ein spezielles Ausbildungsprogramm für Aufsichtsräte an. Das Repertoire umfasst betriebswirtschaftliche und juristische Inhalte. Ergänzt wird die Ausbildung um Seminare, die sich mit Umstrukturierungen, Sitzungsvorbereitung, aktuellen Veränderungen, Risikomanagement, Wirtschaftskriminalität, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensstrategie, Psychologie im Aufsichtsrat sowie Qualität des Aufsichtsrates befassen. AK-Interne Kooperationspartner sind va die Abteilungen Weiterbildung AN-VertreterInnen sowie Sozialpolitik.

### **Strukturwandelbarometer**

Das Instrument „Strukturwandelbarometer“ nützt das ExpertInnenwissen von BetriebsrätInnen (in Abstimmung mit ÖGB und Fachgewerkschaften) für ganz aktuelle Aussagen zum stattfindenden betrieblichen Strukturwandel. Die Erfahrungen der BetriebsrätInnen werden im Rahmen eines Panels von 300 Personen 2-mal pro Jahr abgefragt – besonders im Hinblick auf für den Strukturwandel aus AN-Sicht kritische Dimensionen (Aus- und Verlagerungen, Eigentümerwechsel, Investitionen, Weiterbildung, Einkommen, Arbeitsdruck, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Genderaspekte, Mitbestimmung,...). Für die operative Umsetzung der Panelbefragungen und die Entwicklung eines kommunikationstauglichen Index wurde IFES beauftragt.

### **Beratung zu Fragen der wirtschaftlichen Mitbestimmung**

Im Bereich werden Beratungen für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat und GewerkschafterInnen in wirtschaftlichen Angelegenheiten durchgeführt. Dazu zählen vor allem Bilanzanalysen, Aufsichtsratsberatung, Umstrukturierungen und strategische Beratung, Analysen von Budgets und Kennzahlen, Mitarbeiterbeteiligung und gesellschaftsrechtliche Beratung.

### **Berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von Lehrlingen und HandelsschülerInnen, fördern!**

Die Fachausschüsse haben durch geeignete Maßnahmen die berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von jungen AN, zu fördern und zu

unterstützen. Der Ausbau der Kurstätigkeit der Fachausschüsse und die Weiterentwicklung der Berufswettbewerbe sind die zentralen Anliegen der Fachausschüsse insbesondere in Bezug auf junge ArbeitnehmerInnen, wobei neue Berufsgruppen laufend mit einbezogen werden.

### **Branchenanalysen**

Erstellung von Branchenanalysen und Branchenbenchmarks zur Unterstützung der Gewerkschaften bei Kollektivvertragsverhandlungen.

### **Bilanzdatenpool BAP**

Elektronische Erfassung von Jahresabschlüssen österreichischer Kapitalgesellschaften in Bilanzanalyseprogramm (BAP Datenpool). Zusätzlich werden außerhalb des Datenpools ATX-Unternehmen und Banken erfasst.

### **Corporate Governance**

Die Abteilung BW nimmt aktiv an der Weiterentwicklung des Gesellschaftsrechts teil. Dazu gehört eine aktive Beteiligung an Arbeitskreisen im Justizministerium genauso wie die Mitarbeit bei gesellschaftsrechtlichen Stellungnahmen. Hauptverantwortung hat WP. Corporate Governance Kodex wird von BW verantwortet. Gesellschaftsrechtliche Forderungen bezüglich Managergehälter werden von beiden Abteilungen gemeinsam entwickelt. Die Themen sind Aufsichtsrat/Überwachung, Reform von UGB, Gesellschaftsrecht, Corporate Governance Kodex, Internationale Entwicklung auf gesellschaftsrechtlicher Ebene.

### **Gesellschaftspolitisches Diskussionsforum (GEDIFO)**

Plattform, getragen von der Arbeiterkammer und dem VÖGB mit dem Ziel des Informationsaustausches und der Unterstützung der „Praxis“ von AN-Interessenvertretungen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, inkl. Beratung und Wissenschaft. Focus: Aktuelle gesellschaftspolitische Trends. Informations-, Kommunikations- und Unterstützungsformate: Plenarveranstaltungen mit besonderer Berücksichtigung neuer Präsentations- und Kommunikationstools (Designs...); Communities of Practice (CoP) zum praxisorientierten Austausch zwischen den einzelnen CoP-Members, unterstützt auch durch die elektronische Plattform

### **Monitoring der betrieblichen Verteilungspolitik (Gewinne, Dividenden, Managergehälter, Steuern, AK-Unternehmensmonitor)**

Laufende Untersuchung der Entwicklung der Verteilung innerhalb der Unternehmen. Dabei stehen mehrere Samples zur Verfügung: ATX-Unternehmen, Konzernunternehmen, Banken (ev Versicherungen), BAP Pool. Die Untersuchungen thematisieren ua die immer stärker aufgehende Schere zwischen Gewinnen, Dividenden und Managergehältern und

Steuerleistung auf der einen Seite und Lohn- und Gehaltsentwicklungen auf der anderen Seite.

### **Weiterentwicklung der Rechnungslegung – IFRS, Modernisierung der nationalen RL, Reform der Wirtschaftsprüfung**

- Aktive Beteiligung bei „Modernisierung der Rechnungslegung“ auf nationaler Ebene
- Kooperation mit Boeckler Stiftung bei der Interpretation der Entwicklung der Rechnungslegung;
- Umsetzung der Bilanzpolizei (Rechnungslegungskontrollgesetz)- Überprüfung einer Beteiligung durch AK;

### **Monitoring von Banken und Versicherungen**

Insbesondere die Abteilung WW unterstützend wollen wir Regulierungsinstrumente fordern, evaluieren, vorantreiben (Stabilisierungsmaßnahmen bei Banken, Rekapitalisierung, Vergütungsfragen etc) . Die Abt BW wird dabei insbesondere Monitorings (zB Banken-Jahresabschlüsse etc) erarbeiten und zur Verfügung stellen

### **Politische Seminare für ArbeitnehmervertreterInnen**

Zweck dieser Seminare ist, die Ziele der Leitthemen als ArbeitnehmervertreterIn argumentativ vertreten zu können und durch gezielte Kommunikation mit KollegInnen im eigenen Umfeld zu verbreiten.

Die Themen werden im Lehrgang „Sozialakademie“ und im Lehrgang „BetriebsrätInnenakademie“ behandelt, die TeilnehmerInnen werden mit den Schwerpunkten und Zielsetzungen vertraut gemacht.

### **ReferentInnenakademie**

Ziel: TrainerInnen und ReferentInnen Kompetenzen sowie Fachwissen für eine beteiligungs- und handlungsorientierte gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu vermitteln, die letzten Endes dazu beiträgt, die Durchsetzungsfähigkeit der verschiedenen gewerkschaftlichen Akteure zu erhöhen.

### **Kontaktpersonen der AK-Wahl 2009 – „Projekt 1500“ und Wahlbüro, AK-Wahl 2014**

Nach der AK-Wahl 2009 hat die Abteilung Service und Information – gemeinsam mit den Gewerkschaften – begonnen, die ca 2500 Kontaktpersonen der AK-Wahl 2009 kontinuierlich zu betreuen. Das ist in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 gut gelungen. Mit Start Wahlbüro wurde - im Zuge der Betriebsakquisition erneut mit diesen Kontaktpersonen die Durchführung der AK-Wahl beraten.



Die Kontaktpersonen wurden jedes Jahr zu einem exklusiven Zielgruppen-Event eingeladen (Remise 2009, Volkstheater 2010, Volkstheater 2011, Volksoper 2012, Volkstheater 2013). Diese Events sollen im Sinne einer effektiven Nachbetreuung auch in Zukunft (2014 und 2015) fortgesetzt werden. Nach der AK Wahl 2014 soll als Follow-up ein „Danke“ an die Zielgruppen gesendet werden.

Außerdem wird eine Evaluierung stattfinden, wie sich die Zusammenarbeit im Bereich der Abwicklung der AK Wahl bewährt hat.

#### **Zusammenarbeit mit Gewerkschaften**

Die Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften, bei der Durchführung gemeinsamer Projekte, ist eine wichtige Aufgabe des Bereichs.

Dazu gehört auch die Bereitstellung von für ArbeitnehmervertreterInnen relevanten Informationen in gedruckter und elektronischer Form (AK aktuell, Thema, Info-Pool, Newsletter).

## Bereich Soziales

### Die wichtigsten Beiträge zu den Leitthemenfeldern

#### LTF 1 „Mehr Chancen durch Bildungsreform“

##### **Ziel: Befragung von Wiener Eltern in Karenz zu Weiterbildung und Wiedereinstieg**

Gemeinsam mit der Abt. Bildungspolitik wird eine Befragung von Wiener Eltern in Karenz zu Weiterbildung und Wiedereinstieg durchgeführt. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2014 veröffentlicht werden.

##### **Ziel: Analyse der Qualifikationsentwicklung von Frauen**

Zentral wird eine Analyse der Qualifikationsentwicklung von Frauen und der Auswirkungen auf ihre Arbeitsmarktposition gemeinsam mit der Abt. Bildungspolitik sein. Die Ergebnisse sollen im Jänner 2014 veröffentlicht werden.

##### **Ziel: Novelle des Berufsausbildungsgesetzes**

Das Wirtschaftsministerium plant für 2014 eine Novelle des Berufsausbildungsgesetzes; Forderungen von Seiten der AK und des ÖGB sind ua Zielbestimmungen zur Qualität in der betrieblichen Ausbildung, Maßnahmen zur Evaluierung der betrieblichen Ausbildungsqualität (input-, output- und prozessorientiert) sowie arbeitsrechtlich- und sozialrechtliche Verbesserungen für die Lehrlinge.

##### **Ziel: Lehrabschlussprüfung - Verbesserung der Qualität und Rahmenbedingungen**

Die Lehrabschlussprüfung ist ein outputorientiertes Instrument zur Qualitätssicherung und weist diverse Mängel auf. Ziel ist es, dass qualifizierte PrüferInnen mit evaluierten Prüfungsfragen und –aufgaben eine valide Prüfung auf einem definierten Qualitätsniveau abhalten und die Ergebnisse valide sind. Dazu werden die bereits implementierten Zertifizierungen der PrüferInnen weitergeführt sowie ein - auf die Zertifizierung aufbauender - Weiterbildungskurs angeboten. Weiteres Ziel ist es, dass auch die Prüferinnen, die von AN-Seite nominiert werden bei der Evaluierung und Weiterentwicklung der derzeit die vorhanden Prüfungsfragen und –aufgaben mit einbezogen werden.

##### **Ziel: Lehrlingscoaching niedrigschwelliger gestalten**

Das Lehrlings- und Lehrberechtigtencoaching ist ein Pilotprojekt in Wien, Steiermark, Tirol und OÖ, befristet bis Ende 2013 und wird derzeit evaluiert. Geplant ist nach der Evaluierung eine Ausweitung auf ganz Österreich. Diese Maßnahme ist ein sinnvoller Beitrag, um Lehrabbrüche zu verhindern, ist aber auf Grund der derzeitigen Konzeption für Lehrlinge sehr hochschwellig. Im Rahmen des Projektbeirates sollen Maßnahmen entwickelt werden, die einen leichteren Zugang der Lehrlinge zum Lehrlingscoaching ermöglichen.

## **Ziel: Umsetzung des Qualifikationsplans Wien**

Wien hat einen besonders hohen Anteil von formal gering qualifizierten AN. Der Qualifikationsplan Wien ist eine gemeinsame Strategie der Wiener Arbeitsmarktstakeholder zur Verringerung des Anteiles dieser Gruppe. Dies soll durch verschiedene Ansätze erreicht werden wie etwa durch Schaffung von Unterstützungsstrukturen für die Validierung informeller und non-formal erworbener Kompetenzen.

## LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"

**„Über-Ziel“ 1: Mehr & bessere Arbeitsplätze; Höhere Beschäftigungsquoten für verschiedene Zielgruppen (→Alle Abt.)**

Je besser es gelingt, eine möglichst große Zahl von Menschen ALLER Altersgruppen in das Erwerbsleben zu integrieren und sie länger (gesund) im Erwerbsleben zu halten, desto mehr werden die öffentliche Haushalte – insbesondere die gesetzliche Pensionsversicherung – entlastet werden. Damit wird durch gesundheitserhaltende bzw arbeitsfähigkeitsunterstützende Investitionen bzw durch eine verbesserte soziale Infrastruktur ein nachhaltiger Konsolidierungsbeitrag einerseits durch entsprechende Minderausgaben (zB für Invaliditätspensionen, Arbeitslosenunterstützung etc) und andererseits durch Mehreinnahmen bei steigender Beschäftigung geleistet.

### Zielgruppe Jugendliche:

**Ziel: Aufzeigen: „Überbetriebliche Ausbildung rechnet sich“**

Die Ausbildungsgarantie soll als "Best Practice" Teil einer europaweiten Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Qualifizierung von Jugendlichen für den Arbeitsmarkt präsentiert werden. Das Erfolgsmodell der österreichischen "Ausbildungsgarantie" wurde auf Grund einer Kosten-Nutzenanalyse mit Grafiken und Statistiken medial aufbereitet. Berücksichtigt wurden sämtliche Rückflüsse an die öffentliche Hand wie zB Steuern, Abgaben, sowie, soweit wie möglich berechenbar, die nicht entstandenen Kosten durch bessere Integration der Jugendlichen am Arbeitsmarkt.

Die überbetriebliche Ausbildung ist Teil der Wiener Ausbildungsgarantie und mit jährlich ca 3.000 Ausbildungsplätzen eine wichtige Säule in der dualen Ausbildung. Bei manchen Trägern und Lehrberufen sind jedoch die Erfolge bei der Lehrabschlussprüfung mangelhaft. Durch qualitätssichernde Maßnahmen vor und während der Ausbildung (zB Überprüfung der Ausstattung, Evaluierung der in der Ausschreibung vorgegebenen Kriterien, Kompetenzüberprüfung zur Hälfte der Lehrzeit) sollen die Erfolgsquoten verbessert werden.

### Zielgruppe Ältere:

Österreich hat im Vergleich zu den skandinavischen Staaten aber auch zu Deutschland eine deutlich niedrigere Beschäftigungsquote Älterer. Unbeachtet bleibt dabei aber immer die Qualität dieser Beschäftigung (hoher Anteil von NiedriglöhnerInnen in Deutschland), unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen (zB im Vgl zu Österreich wesentlich stärkerer Kündigungsschutz in Skandinavien bei Krankheit usw), sodass die Quoten nur bedingt vergleichbar und die unkritische Vorgabe skandinavischer Benchmarks oft nicht realistisch sind. Durch eine Vergleichsstudie sollen diese Unterschiede in der statistischen Darstellung und der Rahmenbedingungen transparent gemacht und erfolgreiche Praktiken einzelner Länder dargestellt werden. Dadurch kann der Boden für eine realistischere Debatte der Möglichkeiten und des Ausmaßes, die Älterenbeschäftigung in Österreich zu erhöhen, aufbereitet werden.

#### Zielgruppe MigrantInnen:

##### **Ziel: Erhebung Lebenslagen von MigrantInnen in Wien – Schwerpunkt Wohnen**

Für das Gelingen von Integration ist neben zB dem Arbeitsmarkt- und Bildungsbereich auch das Wohnumfeld ein relevanter Faktor. Unter anderem dadurch wird einerseits der Zugang zu integrationsfördernden Netzwerken beeinflusst, andererseits ist das Wohnumfeld ein wichtiger Faktor, eine möglichst konfliktarme Gesellschaft zu schaffen. Durch eine Studie mit diesem Schwerpunkt sollen die aktuellen Rahmenbedingungen dazu in Wien erhoben werden, um empirische Grundlagen für politische Maßnahmen bereitzustellen.

#### Zielgruppe Menschen mit Behinderung:

##### **Ziel: vertiefte Grundlagenarbeit**

Neben der Evaluierung der Mitwirkung in diversen Gremien (Bundesbehindertenbeirat, Begleitgruppe NAP-Behinderung), Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit steht die Evaluierung der durchgeführten Rechtsänderungen (va BEinstG), die Umsetzung eines sozialen Modells im Rahmen der Einschätzungsverordnung sowie Schulungsaktivitäten der betrieblichen Interessenvertretung im Vordergrund.

#### Zielgruppe Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen:

##### **Ziel: Umsetzung SRÄG 2012, Umstiegsförderung, Frühes Erkennen/Intervenieren bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Gesunde Berufswege**

In allen genannten Punkten geht es um Personen, die entweder krank sind oder krank zu werden drohen. Durch gezielte Maßnahmen der medizinischen und beruflichen Rehabilitation sowie durch Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere in Betrieben kann eine Verschlechterung oder das Ausbrechen der Krankheit bis hin zur Pensionierung vermieden werden. Die Umsetzung des SRÄG 2012 ist vor allem hinsichtlich des erfolgreichen Einsatzes von medizinischer und beruflicher Rehabilitation in guter

Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen durchzuführen, um so einen wesentlichen Beitrag zur Anhebung des faktischen Pensionsalters zu leisten

Durch das SRÄG 2012 ist das AMS künftig für die berufliche Rehabilitation von Menschen mit Berufsschutz zuständig und hat es auch den Auftrag, gesundheitlich beeinträchtigte AN (auch ohne Berufsschutz) wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für das AMS stellt das einen Paradigmenwechsel und eine besondere Herausforderung dar. Interessenpolitisch ist es daher notwendig, dass der Erfolg der gesetzten Maßnahmen laufend beobachtet wird um allenfalls Nachbesserungen veranlassen zu können. Die Schaffung eines Monitoringsystems soll diese Aufgabe leisten.

#### Zielgruppe Frauen:

##### **Ziel: Angebot an Sachleistungen ausweiten**

Positive Effekte eines flächendeckenden und qualitätsvollen Angebots an sozialer Infrastruktur – va in den Bereichen Kinderbetreuung und Altenpflege – sind augenscheinlich (vgl Erfahrungen in den nordischen Ländern, Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Deutschland): Höhere direkte/indirekte Beschäftigungschancen (insbes für Frauen), weniger „Schwarzarbeit“, bedarfsgerechtere Angebote für (Klein-)Kinder [ua Frühkindförderung, Abbau der Ungleichheiten unabhängig von ethnischen bzw sozialen Herkunft, etc]), höhere Qualität und Effizienz bei der Erbringung der Dienstleistungen durch „Professionalisierung“.

Neben der Verwertung von aktuellen Befragungen und internationalen Vergleichsstudien im Bereich der Familienpolitik, steht im Vordergrund, innovative Konzepte für die Finanzierung (zB bessere Zweckbindung bestimmter EU-Mittel), Organisation, den Betrieb und grundlegende strukturelle Reformen in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflege zu entwickeln.

Eine 2012 neu gegründete „Arbeitsgruppe Pflege“ hat erste Ergebnisse der bisherigen analytischen und konzeptionellen Arbeit aufbereitet und wird Februar 2014 eine Hochglanzbroschüre veröffentlichen.

Im Bereich der Kinderbetreuung sollen bundeseinheitliche Standards sowie notwendige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Qualität aus Sicht der Beschäftigten verstärkt thematisiert werden. In Form von Fokusgruppen werden dazu die Beschäftigten in der Kinderbetreuung befragt.

Welche Herausforderungen bei sozialen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Migration sowohl aus der Perspektive der Beschäftigten als auch aus KonsumentInnensicht bestehen, soll durch eine Veranstaltungsreihe herausgearbeitet werden. Nach einer Veranstaltung zu Gesundheit-Pflege-Migration im Dezember 2013 sollen 2014 zwei weitere Bereiche (Kinderbetreuung und haushaltsnahen Dienstleistungen) diskutiert werden.

„Über-Ziel“ 2: Positive Positionierung des „Sozialstaats“ – Errungenschaften/Meriten

**Ziel: Weitere Verbreitung des „AQR“ (national/international) – Aufzeigen der Wirkungszusammenhänge zwischen Demografie und Arbeitsmarkt**

Die Bekanntheit des „Abhängigkeitsquotenrechners“ (kurz: AQR = Graphik- und Rechenprogramm der AK Wien) soll auch 2014 weiter gesteigert werden. Mit diesem Tool soll mehr Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass ein Anstieg des Altenanteils an der Bevölkerung nicht automatisch eine Kostenexplosion im Sozialsystem bedeutet. Gleichzeitig geht es um die Visualisierung der Bedeutung der Arbeitsmarktentwicklung – denn: Letztlich stellen eine möglichst gute Erwerbsintegration der Menschen und eine faire Verteilung des erarbeiteten Wohlstands die zentralen Schlüsselemente für die Sicherung/Herstellung von Generationengerechtigkeit dar.

**Ziel: Projekt „Pensionssimulation“ erfolgreich umsetzen**

Für die Analyse der finanziellen Konsequenzen und Betroffenheiten von Pensionsreformen, für langfristige Szenarienrechnungen zwecks Vergleich öffentlicher und privater Pensionssysteme unter Berücksichtigung von Risikokriterien bzw für langfristige Finanzierungsrechnungen auf Basis alternativer Szenarien soll ein Pensionssimulationsmodell aufgebaut werden.

**Ziel: Argumentarium und Öffentlichkeitsarbeit zur Zukunft der Alterssicherung**

Es geht dabei um die Erstellung von Unterlagen zur Entwicklung und zu den Perspektiven der Alterssicherung (langfristige Finanzierung, Vorteile von Umlagesystemen, neues Pensionskonto-Recht, Vergleich mit anderen Ländern, etc). Der Fokus der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit liegt dabei auf der These: „Es gibt keine sinnvolle Alternative zur gesetzlichen Pensionsversicherung!“

**Ziel: Fortführung/Nutzung der neuen Publikationsreihe „Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell“**

Die bestehende Expertise im Bereich Sozialschutz soll weiter gesteigert und mit AK-Daten-Publikationen erfolgreich auf die öffentliche Meinung (va BetriebsrätInnen, JournalistInnen, Mitglieder) eingewirkt werden - zuletzt erschienen: Einkommen aus Arbeit und Vermögen / Ausbildung und Arbeitsmarkt / Wohnen in Wien / Wiedereinstiegsmonitoring.

**Ziel: Fortführung und weitere Etablierung des A&W Blogs**

Der A&W-Blog hat sich als alternatives Interpretationsangebot aktueller Debatten bewährt und soll deshalb auch in Zukunft forciert werden. Der Diskurs bzw die öffentliche Meinung/StakeholderInnen-Meinung (va BetriebsrätInnen, JournalistInnen, Mitglieder) konnte durch kurze aktuelle Diskussionsimpulse und Analysen aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive angeregt bzw beeinflusst werden.

### **Ziel: Grundlagenarbeit zum Thema soziale Mobilität**

Der Fokus der Grundlagenarbeit liegt bei dieser Bestandsaufnahme von sozioökonomischen Aufstiegschancen-/barrieren in der Aufbereitung ausgewählter struktureller Schieflagen für bestimmte (benachteiligte) Gruppen (zB Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, Menschen mit Migrationshintergrund oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen etc) & in der Darstellung „auffälliger Muster“ hinsichtlich intergenerationeller bzw. intragenerationeller sozialer Mobilität.

### **Ziel: „Sozialstaat“ muss als „Errungenschaft der ArbeitnehmerInnen“ repositioniert werden**

„Ich halte den europäischen Sozialstaat für die größte kulturelle Errungenschaft, welche wir Europäer im Laufe des 20. Jahrhunderts aufgebaut haben.“ (Helmut Schmidt, 2011)

Die Sammlung wichtiger, zitierbarer Textbausteine aus der fachlich/politisch einschlägigen Literatur (EK, OECD, UNO, ILO etc) ist eine wichtige Hilfestellung für die interessenpolitische Auseinandersetzung. Dass oft auch die „Aufbereitung“ der Materialien eine nicht unwichtige Rolle spielt, ist ebenfalls evident. Hier sind auch neue Visualisierungs- und Kommunikationskonzepte anzustreben (ua Nutzung von Youtube-Videos, HP-Gestaltung, benutzerInnenfreundliche & interaktive Tools und (Lern-/Austausch-)Plattformen).

### **Ziel: Erhebung von Lücken in der Arbeitslosenversicherung**

Im Gegensatz zu den ökonomischen Folgen von Arbeitslosigkeit sind die persönlichen Auswirkungen auf die Betroffenen in Österreich wenig erforscht. Das erschwert eine erfahrungsbasierte Weiterentwicklung und Anpassung des sozialen Netzes bei Arbeitslosigkeit. Durch eine Studie sollen die durch Arbeitslosigkeit ausgelösten Alltagsprobleme wie etwa reduzierte Liquidität bei unverändert hohen Fixkosten und die Strategien damit umzugehen, erhoben werden. Daraus sollen Erkenntnisse für allfällige Lücken in der Arbeitslosenversicherung, die es zu schließen gilt, abgeleitet werden.

## **LTF 3 Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung**

### **Ziel: Abbau der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt**

Die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt steht in einem engen Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem abz Austria soll der EU-Bericht zur Rolle von Männern bei der Gendergleichstellung präsentiert werden und internationale positive Beispiele zur Erhöhung der Väterbeteiligung an Kinderbetreuung und der Handlungsbedarf für Österreich aufgezeigt werden.

### **Ziel: Neuverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern**

Auch die Studienergebnisse aus der Unterhaltsstudie verdeutlichen den Handlungsbedarf hinsichtlich einer Neuverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern. Die Unterhaltsstudie soll im Zusammenhang mit der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Rahmen einer Veranstaltung öffentlich diskutiert werden.

#### LTF 4 "Qualität der Arbeit"

**Ziel: Verbesserung von Verbreitung, Akzeptanz und Praxisnähe von "Das Recht der Arbeit"**

Die Zeitschrift "Das Recht der Arbeit" (kurz: DRdA) genießt einen ausgezeichneten wissenschaftlichen Ruf, hat aber nur knapp 500 zahlende Abonnenten und spielt im alltäglichen Gebrauch von Personalabteilungen, Betriebsratskörperschaften und Anwaltskanzleien gegenüber Teilen des Mitbewerbs eine eher bescheidene Rolle. Durch die Schaffung eines professionellen Internetauftritts und eine Neuausrichtung der Praxisteile der Zeitschrift (Judikaturspiegel, Aktuelle Sozialpolitik, Aus der Praxis - für die Praxis) soll diese Situation verbessert werden.

**Ziel: Umsetzung der arbeitsrechtlichen Punkte in der Regierungsvereinbarung 2014 – 2018**

Die aktuelle Regierungsvereinbarung enthält eine größere Zahl verhältnismäßig klar definierter Gesetzgebungsvorhaben aus dem Gebiet des Arbeitsrechts. Es ist davon auszugehen, dass das zuständige Ministerium eines nach dem anderen dieser Vorhaben zügig auf die Tagesordnung setzen und auf der Basis von Sozialpartnerverhandlungen zu konkreten Entwürfen formen wird. Die Prägung dieses Prozesses im Sinne der ArbeitnehmerInnen wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahre und damit auch schon des Jahres 2014 sein.

**Ziel: Verbesserung der Kenntnis über Arbeiten im Grenzbereich Unselbständig/Selbständig**

Mittels Modul 4 der Studienreihe zum Thema "Arbeiten im Grenzbereich Unselbständig/Selbständig" sollen Kenntnisse über die Situation der EPU, über die keine Daten zugänglich sind, gewonnen werden (Doppelzählungen bei den EPU fact sheets, seitens der WKÖ zurückgehaltene Daten der kmu-Forschung 2012, Lücke bei der Statistik Austria jener selbständig Erwerbstätigen, ohne unselbständig Beschäftigte, die < 10.000.- € Umsatz pro Jahr haben).



**Ziel: Arbeitskräfteüberlassung, Evaluierung der Neuerungen, Aufgreifen von Mitteilungen zu konkreten Missständen**

Dabei geht es ua um die Evaluierung der praktischen Umsetzung der 2013 und 2014 in Kraft tretenden Änderungen bei der Arbeitskräfteüberlassung in Form einer Studie (AÜ). Wenn, wie angekündigt, von seriösen AÜ-Firmen Hinweise auf schwere Gesetzesverstöße bei Konkurrenzbetrieben kommen, soll diesen in Zusammenarbeit mit vor allem der PRO-GE, der BUAK und den Gebietskrankenkassen nachgegangen werden.

**Ziel: Evaluierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes**

Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung wurden bereits in der Vergangenheit Studien erstellt. Eine weitere Studie im Sinne eines Monitoring der Entwicklungen ist im Laufen und soll im Frühjahr 2014 fertiggestellt werden.

Parallel dazu erfolgt eine Evaluierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes (LSDBG) durch das BMASK. Dieses soll von der AK aktiv begleitet werden, dh insbesondere sollen Verbesserungsvorschläge und Forderungen der AK zum LSDBG eingebracht werden.

**Ziel: Weiterentwicklung AK-Forderungen zu "Konflikte und Mobbing am Arbeitsplatz"**

Die bestehenden AK-Forderungen zum Thema "Konflikte und Mobbing am Arbeitsplatz" sollen anhand der bestehenden Judikatur und der diversen Anträge zu den Vollversammlungen (auch der Länderkammern) und Hauptversammlungen weiterentwickelt werden. Im Rahmen einer ExpertInnentagung unter Miteinbindung von VertreterInnen der Gerichte und des BMASK, von RechtsanwältInnen, ArbeitspsychologInnen, VertreterInnen von Länderkammern und des ÖGB/Fachgewerkschaften, sollen diese Forderungen nach weiteren gesetzlichen Maßnahmen diskutiert werden. Abschließend soll ein gemeinsames Positionspapier der Länderkammern in Abstimmung mit dem ÖGB vorliegen. Die nächsten Umsetzungsschritte sollen geplant werden.

**Ziel: Evaluierung der Instrumente des Gleichbehandlungsgesetzes**

Die Instrumente des Gleichbehandlungsrechts (insbesondere das Verfahren vor der Gleichbehandlungskommission) sollen im Hinblick auf ihre Effektivität für Rechtsuchende und RechtsanwenderInnen evaluiert werden; Möglichkeiten einer Weiterentwicklung sollen ausgelotet werden.

**Ziel: Arbeitszeitsfragen - Bedeutung für AN-Interessen / Perspektiven**

Dabei geht es ua um die Aufbereitung und Verwertung ausgewählter Studien zur Arbeitszeit, die Entwicklung innovativer Arbeitszeitmodelle im Interesse der ANInnen (in Kooperation mit Gewerkschaften) und um die Positionierung in der Rechtswissenschaft durch rechtswissenschaftliche Publikationen (Überarbeitung von AZG- und ARG-Kommentar) sowie um die Entwicklung von Arbeitszeitberechnungstools.

### **Ziel: "Neues Arbeiten"**

Das „neue Arbeiten“ ist ein Synonym für zahlreiche Veränderungen, die sich in der Arbeitswelt vollziehen wie zB geregelte Arbeitszeiten und ein fester Arbeitsplatz scheinen für viele passé, Arbeitszeit und Freizeit verschmelzen immer mehr, Kommunikation und Erreichbarkeit steigen an, der Erlebnis- und Wohlfühlfaktor gewinnt auch am Arbeitsplatz zunehmend an Bedeutung, etc. Derartige Entwicklungen sollen verstärkt beobachtet, analysiert und für die Positionierung zu arbeitsrechtlichen Fragestellungen genützt werden.

### **Ziel: Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Zentral wird die Erstellung einer Studie sein: Ausgehend von den rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Pflege-, Betreuungsfreistellung und Urlaub, wurde durch eine repräsentative Befragung erhoben werden, ob AN das Auslangen mit den derzeit zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln finden und auch faktisch in der Lage sind ihre Ansprüche durchzusetzen. Dahinter steht die Vermutung, dass viele AN – insbesondere Frauen – nicht die vorhandenen Rechtsinstitute verwenden (können) oder diese nicht ausreichen. Gleichzeitig soll auch eine Aufbereitung der rechtlichen Erfordernisse fertiggestellt, die sich aus geänderten Familienstrukturen (Patchworkfamilien) und Lebensformen ergeben.

### **Ziel: Studie: Betriebliche Mitbestimmung in Österreich**

Wie bereits in den Jahren 1972, 1981, 1992 und 2002 wird eine österreichweite, repräsentative Befragung der Einschätzungen und Einstellung zur betrieblichen Mitbestimmung durchgeführt. Mit der Umsetzung wurde im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) beauftragt. Dabei wurden 2.400 Beschäftigte (die dem ArbVG unterliegen) sowie 500 BR-Mitglieder befragt. Vorläufige End- und Chartberichte liegen vor.

### **Ziel: Strukturwandelbarometer**

Das Instrument „Strukturwandelbarometer“ nützt das ExpertInnenwissen von BetriebsrätInnen (in Abstimmung mit ÖGB und Fachgewerkschaften) für aktuelle Aussagen zum stattfindenden betrieblichen Strukturwandel.

### **Ziel: Qualität des Arbeitslebens älterer ArbeitnehmerInnen II**

Modifizierte Replizierung der BAK-Studie "Qualität des Arbeitslebens älterer ArbeitnehmerInnen (2009). Kernthemen von 2009 bleiben aufrecht: Arbeitsbelastungen, Gesundheit, Pensionierungsverhalten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Effort-Reward Imbalance, Neue Inhalte wie z.B. Beschleunigung der Arbeitsvorgänge, Konflikte am Arbeitsplatz, Präsentismus, Führung, Arbeitsplatzevaluierung sollen hinzukommen.

### **Ziel: AOW-Psychologie im betrieblichen Kontext**

AOW-psychologische Konzepte und Tools finden immer stärkere Beachtung und Anwendung in der betrieblichen Praxis. Dabei denke man z.B. an die Novellierung des ASCHG, BGF-Konzepte, veränderte Führungsaufgaben, flexible Arbeitsorganisation, die Zunahme komplexer Unternehmensstrukturen u.ä.m. Dementsprechend wichtig ist es für ExpertInnen und NutzerInnen (z.B. Belegschaftsvertretungen) dieser Konzepte und Tools, über den fachgerechten Umgang und Einsatz sowie über die fortlaufenden Neuerungen auf diesem Gebiet Bescheid zu wissen. Ebenso wichtig erscheint es aber auch, den Anwendungsnutzen dieser Konzepte und Tools zu evaluieren. Ein weiterer wichtiger Punkt der die Qualitätssicherung der Konzepte und Tools betrifft, ist die Erstellung von Normen und normgesicherten Leit- und Richtlinien.

### **Ziel: Arbeitssituation und -belastung von Führungskräften im Gesundheitsbereich**

Führung steht im Brennpunkt nicht nur wenn es um Produktivität und Kennzahlen geht, sondern auch, wenn es um die Gesundheit der Beschäftigten geht und um die Qualität der Arbeitsbedingungen. Das Gros der Führungskräfte befindet sich in unselbstständigen Arbeitsverhältnissen. Diese genauer zu betrachten und zu analysieren soll helfen, Führungskräfte dahingehend zu unterstützen, dass sie ihre Arbeitssituation so gestalten können, dass sowohl sie selbst als auch ihre MitarbeiterInnen gesund und so lange wie möglich beschäftigt bleiben können. Da der Gesundheitsbereich in den nächsten 20 Jahren besonderen Herausforderungen ausgesetzt sein wird, sollen in einem ersten Schritt die Führungskräfte und deren Arbeitssituation in diesem Arbeitsfeld untersucht werden.

### **Ziel: Präsentation der L&R-Studie zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung**

Die Ergebnisse von der Befragung von berufstätigen Eltern zur Vereinbarkeit von Beschäftigung und Kinderbetreuung durch L&R Sozialforschung sollen Anfang 2014 gemeinsam mit der Abt. Sozialpolitik präsentiert werden und dazu dienen, den Handlungsbedarf aus dem Blickwinkel von Eltern aufzuzeigen.

### **Ziel: Branchenstudien (Reinigung, Handel, Tourismus und Pflege)**

FF: Aus mehreren vorliegenden Branchenstudien (Reinigung, Handel, Tourismus und Pflege) sollen die Potenziale zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen insbesondere von Frauen im Niedriglohnbereich aufgezeigt werden.

### **Ziel: Weiterentwicklung des Gleichbehandlungsrechts**

Das Gleichbehandlungsrecht wurde laufend weiterentwickelt. Gemeinsam mit relevanten Akteuren aus Politik, Gewerkschaften und NGO's sollen die Instrumente zur Durchsetzung von Gleichbehandlung gemeinsam mit der Abt. Sozialpolitik hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluiert werden und Ende 2014 in Form eines Berichts zusammengefasst werden.

## **Ziel: Praktische Umsetzung der ASchG-Novelle 2013 mit Schwerpunkt auf die Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen**

Mit 1.1.2013 soll die Novelle zum ASchG in Kraft treten. Die Novelle regelt die verbindliche Ermittlung und Beurteilung von psychischen Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz unter Anwendung der Grundsätze der Gefahrenverhütung und deren Vermeidung durch ArbeitgeberInnen. Diesen Gefahren soll durch stärkere Präventionsmaßnahmen mit Hilfe von geeigneten Fachleuten, insbesondere von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen entgegengesteuert werden. Zudem ist die CLP-Verordnung (EG) Nr 1272/2008 bei den Regelungen über Arbeitsstoffe berücksichtigt und redaktionelle Bereinigungen und Aktualisierungen sind vorgenommen.

Die Zielsetzung ist durch konkrete Evaluierung psychischer Belastungen notwendige Änderungen im Arbeitsprozess herbei zu führen und so die Weiterentwicklung der Prävention zur Eindämmung psychischer Arbeitsbelastungen voran zu treiben. Die Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen ist eindeutig und klar als Arbeitgeberpflicht formuliert.

Als geeignete Fachleute kann die Evaluierung psychischer Belastungen von ArbeitsmedizinerInnen genauso wie von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen durchgeführt werden. Die für die jeweilige Arbeitsstätte passende Methodenauswahl und Planung der Evaluierung sowie die Bewertung und Implementierung von Präventionsmaßnahmen soll von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen vorgenommen werden. Sie sind hierfür ausgebildet und mit ihren Erhebungsinstrumenten und Analyseverfahren am besten qualifiziert die Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen in den Arbeitsstätten zu begleiten.

## **Die wichtigsten Beiträge im Rahmen der Kernarbeitsfelder**

### **Ziel: Erhöhung der Ausbildungsqualität in der betrieblichen Lehrausbildung bzw Verbesserung der Erfolgsquoten**

Erhöhung der Ausbildungsqualität in der betrieblichen Lehrausbildung; Erhöhung der Antritts- und Erfolgsquoten bei der Lehrabschlussprüfung; bei den Lehrberufen mit niedrigen Antritts- und Erfolgsquoten bei der Lehrabschlussprüfung sollen gemeinsam mit der Wirtschaftskammer zunächst auf Ebene der Innungen und Fachverbände und dann auch auf betrieblicher Ebene konkrete Maßnahmen (zB Schulung der AusbilderInnen, Ausbildungsdokumentation, Kompetenzchecks während der Lehrzeit etc) zur Hebung der Ausbildungsqualität vereinbart und umgesetzt werden.

Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen und MultiplikatorInnen (LehrerInnen, JugendbetreuerInnen); Ziel ist es, die Kommunikation mit den Jugendlichen als unsere zukünftigen Mitglieder zu verstärken und ein positives Bild der AK bei den Jugendlichen als

ihre Interessenvertretung zu erhalten und auszubauen. Die Multiplikator/innen sind für uns wichtige Partner/innen und sollen über unsere interessenpolitischen Anliegen gut informiert sein.

**Ziel: Erstellung einer Präventionsstudie durch die GÖG**

Durchführung einer basalen Präventions- und Gesundheitsförderungsstudie (Setting: Betrieb) mit dem Ziel, nach Analyse des Präventionsgeschehens und der ökonomischen Dimension von Prävention ein mit allen Präventionsträgern abgestimmtes nationales Präventionskonzept für alle Lebenswelten zu erstellen

**Ziel: Weiterentwicklung: Gesundheitsrecht, Gesundheitsberufe, Registrierung nichtärztlicher Gesundheitsberufe**

Ein wichtiges Teilziel stellt die Mitwirkung an der Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Umsetzung einer Ausbildungsreform in den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen und Registrierung durch die AK dar.

Die Berufsbilder der Gesundheitsberufe sind teilweise veraltet und daher reformbedürftig. Ein neuerlicher Versuch der Kundmachung des Gesundheitsberuferegister-Gesetzes über einen Initiativantrag soll gestartet werden, die bereits vorhandenen Ablaufprozesse sind zu adaptieren und die Vorarbeiten zur Implementierung umzusetzen.

**Ziel: Arbeitsrechtliche Beratung: Betriebsräte/Gewerkschaften**

Dabei geht es um die Unterstützung der BetriebsrätInnen und der Gewerkschaften bei ihrer Arbeit. Im Vordergrund steht die Beratung in komplexen Fragen der Arbeitsverfassung/Betriebsverfassung/Arbeitszeit/Umstrukturierung/Ausgliederungen/Betriebspensionen etc.

**Ziel: Aktive Rolle im Bereich der Rechtspolitik**

Aktive Teilhabe am Gesetzwerdungsprozess (interne Positionsbestimmung, Abstimmung mit ÖGB/Gewerkschaften, Besprechungen mit den AG-VertreterInnen, Sozialpartnergespräche in den Ministerien, Begutachtung von Gesetzesentwürfen, Lobbying, Networking etc).

**Ziel: (Arbeits)Rechtswissenschaftliche Beiträge**

Verfassen rechtswissenschaftlicher Beiträge in einschlägigen Medien (Aufsätze, Entscheidungsbesprechungen), Gesetzeskommentare, Fachbücher, Herausgabe infas, aktive Teilnahme an Tagungen, Referate, Lehrtätigkeit an Universitäten, Mitarbeit in Fachgremien (Datenschutzrat, Gleichbehandlungskommission, etc)

**Ziel: SPID-Band „Beitrag des Wohlfahrtsstaats für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und stabile Staatsfinanzen“ (= vorläufiger Arbeitstitel)**

Die positiven Wechselwirkungen zwischen aktiven sozialstaatlichen Systemen, sozialer Gerechtigkeit, einer funktionierenden Wirtschaft und soliden öffentlichen Haushalten sollen aufgezeigt und in ausgewählten Bereichen quantifiziert werden. Auch die „Kosten des Nicht-Handelns“ werden thematisiert und monetär bewertet.

#### **Ziel: Aktive Rolle in der ILO**

Der öffentliche Diskurs ist nach wie vor in den meisten Bereichen sehr stark von neoliberalen Denken bzw. von Wirtschaftsinteressen bestimmt (zB „Sparen“ zu Lasten der ANInnen und der Sozialsysteme). Immer wichtiger wird dabei die internationale Dimension (EU-Ebene/Regelungen in anderen Ländern, Diskurs in internationalen Foren, Beobachtung bestehender Trends im Kontext der Globalisierung etc).

#### **Ziel: Verwertung - AK-Wiedereinstiegsmonitoring**

Nach einer erstmaligen Präsentation des AK-Wiedereinstiegsmonitorings 2013 soll dieses im Herbst 2014 neuerlich präsentiert werden. Dabei können auch erste Auswirkungen des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes eingeschätzt werden. Weiters können künftig Aussagen zu Fragen wie Betriebsgröße und Wiedereinstieg getroffen werden.

#### **Ziel: Mitwirkung bei der Umsetzung des Kinderbetreuungsgeldkontos (FF)**

Beim von der Regierung geplanten Kinderbetreuungsgeldkonto will die AK ihre Expertise einbringen, um eine Vereinfachung und eine bessere Abstimmung von Kinderbetreuungsgeld und Arbeitsverhältnis zu ermöglichen.

#### **Ziel: Wirksamer Rechtsschutz Arbeitslosenversicherung vor neuem Bundesverwaltungsgericht (AMI)**

Durch die Schaffung des neuen Bundesverwaltungsgerichts wurde in der Arbeitslosenversicherung der Rechtszug neu geordnet. Das erhöht einerseits den Aufwand bei der Rechtsdurchsetzung, eröffnet aber auch neue Chancen, Recht zu erlangen. Durch einen signifikanten Ausbau der Rechtsberatungsdienstleistung einschließlich Rechtsschutzgewährung vor dem neuen Bundesverwaltungsgericht im Bereich Arbeitslosenversicherung soll die Unterstützung arbeitsloser Mitglieder wirkungsvoll verstärkt werden.

#### **Ziel: Arbeitsmarktchancen für gesundheitlich Beeinträchtigte, Ältere und geringer Qualifizierte**

Die Arbeit in den Entscheidungsgremien des AMS wird vor allem auf die Erhöhung der Arbeitsmarktchancen für gesundheitlich beeinträchtigte und ältere ArbeitnehmerInnen und für formal geringer Qualifizierte fokussiert sein. Im Zentrum stehen dabei die Umsetzung eines Bonus-Malus-Systems zur Erhöhung des Anteils älterer AN in den Betrieben, der Ausbau arbeitsmarktpolitischer Instrumente für gesundheitlich Beeinträchtigte, die Qualitätsverbesserung in den überbetrieblichen Lehrausbildungen und die Schaffung eines

Systems zur erleichterten Anerkennung informeller und nonformal erworbener Qualifikationen.

**Ziel: Verbesserung der Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit**

Das Regierungsprogramm sieht rechtliche Anpassungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung vor. Unser Schwerpunkt wird dabei auf wirkungsvollere Existenzsicherung vor allem durch Beseitigung von sozialen Benachteiligungen der Frauen im Leistungsrecht und durch eine bessere Absicherung beruflicher Übergänge gelegt sein.

**Ziel: Information über Arbeitsmarktentwicklung**

Vor allem durch regelmäßiges Aufbereiten der Arbeitsmarktstatistiken und halbjährliche Herausgabe von „Arbeitsmarkt im Fokus“, einer kommentierten Darstellung der Halbjahresentwicklung auf dem Arbeitsmarkt, soll zu mehr Information und Verständnis der Arbeitsmarkttrends beigetragen werden.

**Ziel: Umsetzung von Forderungen im ArbeitnehmerInnenschutz**

Lobbying und Einflussnahme auf die Legistik in Österreich und auf EU-Ebene.

**Ziel: Einsatz von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen**

Weitere Verbreitung des Einsatzes von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen in den Betrieben insbesondere im Zusammenhang mit der Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen.

**Ziel: Qualitative Betriebliche Gesundheitsförderung**

Imagehebung für die BGF und Prävention samt stärkerer verpflichtender Verankerung im ASchG.

**Ziel: Ausbau der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren**

Weiterer Ausbau der Prävention insbesondere zu arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren, prioritär in der Unfallversicherung.

**Ziel: Mehr Meldungen von Sicherheitsvertrauenspersonen**

Die gemeldeten SVP werden von der Abteilung systematisch erfasst. Sie sind in der Mitgliederevidenz (PVS) aufrufbar. Ziel ist die weitere Anhebung der Meldequote

## Bereich Wirtschaft

Die Konjunktur erholt sich in Österreich. Laut der Prognose des WIFO wächst die österreichische Wirtschaft auch in den Jahren 2013 und 2014 deutlich über dem Euro-Durchschnitt. Dabei stehen einem gedämpften Privatkonsum ein Anziehen der Investitionen und wachsende Exporte gegenüber. Der Preisauftrieb entspricht dem EZB-Ziel von rund 2 %. Insgesamt ergibt sich somit ein makroökonomisch stabiles Bild. Das Budgetdefizit 2013 ist daher geringer als erwartet. Es würde ohne Bankenhilfen, die uns heuer 2,1 Mrd Euro bzw 0,7 % des BIP kosten, nur knapp bei 1% liegen. Bisher wurden für die Banken schon über 6 Mrd Euro aufgewendet und die Regierung stellt weitere 5,8 Mrd bis 2018 in den Budgetpfad ein. Die Banken bleiben also mittelfristig das größte finanzielle Risiko des Staates. Unter den gegebenen europäischen Vorgaben für Österreich sind weitere konjunkturelle Maßnahmen sowie eine Steuerreform nur mehr mit Gegenfinanzierung möglich. Es braucht daher Maßnahmen im Bereich der vermögensbezogenen Besteuerung, wenn die Arbeitslosigkeit gesenkt und die Belastung des Faktors Arbeit nicht noch weiter erhöht werden sollen. Sonst tragen schlussendlich die ArbeitnehmerInnen alleine die Kosten der Krise. Ein besonderer Schwerpunkt im Jahr 2014 wird daher dem Thema Verteilungsgerechtigkeit und Beschäftigung gewidmet sein.

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode hat die AK auch ihr Forderungspaket an die neue Bundesregierung vorgelegt, das gleichzeitig die Leitlinie für unsere Arbeitsschwerpunkte bildet:

### **Investitionsoffensive für Wohnbau und Infrastruktur**

Öffentliche Investitionen schaffen Arbeitsplätze. Die AK fordert daher mehr Mittel für den sozialen Wohnbau sowie mehr Investitionen in soziale Dienstleistungen und in Infrastrukturprojekte. Derzeit werden zu wenig geförderte Wohnungen gebaut. In den nächsten zehn Jahren sind bundesweit pro Jahr rund 50.000 neue Wohnungen nötig, davon 35.000 geförderte. Für ein Konjunkturpaket für den sozialen Wohnbau Geld in die Hand zu nehmen, ist ein wichtiger Schritt. Mehr geförderter Wohnbau heißt mehr leistbare Wohnungen, mehr Arbeitsplätze und das kurbelt auch die Wirtschaft an. Damit das Geld für den Wohnbau auch für den Bau von neuen Wohnungen verwendet wird, braucht es eine Zweckwidmung der Mittel für die Wohnbauförderung sowie für deren Rückflüsse.

### **Mehr Gerechtigkeit: Weniger Steuern auf Arbeit, mehr Steuern auf große Vermögen**

Arbeit wird in Österreich hoch besteuert, Vermögen dagegen kaum. Die AK fordert eine merkliche Reduktion des Eingangssteuersatzes der Einkommensteuer sowie die jährliche Anpassung der Steuerklassen an die Inflation zur Vermeidung der kalten Progression. Eine Steuerentlastung der Beschäftigten ist machbar. Der notwendige Spielraum für eine Senkung der Einkommensteuer soll vor allem durch eine verstärkte Besteuerung der großen Vermögen geschaffen werden. Die AK fordert daher die Einführung einer Vermögenssteuer



auf große Vermögen mit Freibeträgen sowie Wiedereinführung eine reformierten Erbschaftssteuer. Die AK fordert auch eine Verlängerung der erhöhten Bankenabgabe. Darüber hinaus sollen Lücken bei der Gewinnbesteuerung geschlossen werden – etwa durch eine Einschränkung der Gruppenbesteuerung. Die Grundsteuer muss reformiert werden. Spielraum zur Finanzierung besteht auch durch die Streichung von Pauschalierungen, Änderungen bei der Rückvergütung bei der Energieabgabe. Wichtig ist außerdem die vom Verfassungsgerichtshof geforderte Reform der Grunderwerbssteuer bei unentgeltlichen Rechtsgeschäften wie Schenkungen und Erbschaften.

### **Reformbedarf beim Finanzausgleich**

Der kommende Finanzausgleich muss genutzt werden, um das Budget zukunftsfest zu machen: Einsparungspotenzial sieht die AK durch effizientere Aufgabenerfüllung, eine Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung.

Um künftigen Spekulationsverlusten auf Gemeinde- und Landesebene vorzubeugen, muss eine einheitliche Finanzverfassung für Länder und Gemeinden mit einem Spekulationsverbot geschaffen werden. Durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, beispielsweise bei der Kinderbetreuung, sollen zudem die zentralörtlichen Aufgaben besser abgegolten und die Finanzierungsbasis der Gemeinden insgesamt gestärkt werden. Die Bedeutung von gemeindeeigenen Steuern inklusive eines beschränkten Spielraums bei den Steuersätzen auf immobile Güter, wie etwa Liegenschaften, soll erhöht werden.

### **Stärkung der Staatsanteile an Schlüssel-Unternehmen**

Der Staat muss weiterhin mitreden können bei wichtigen Schlüsselunternehmen in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Verkehr und Post. Deshalb setzt sich die AK dafür ein, dass es keine weitere Privatisierung solcher Schlüsselunternehmen gibt. Die ÖIAG nimmt eine wichtige Funktion bei der Verwaltung der verbliebenen Staatsanteile ein. Zur dauerhaften Absicherung ihrer Kontrollrechte soll die ÖIAG von einer defacto Privatisierungsagentur in eine Beteiligungsholding umgewandelt werden, die vorwiegend die ihr zugeordneten strategischen Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen langfristig hält. Der Erwerb von Anteilen an bestehenden Beteiligungen (auch über 25% + 1 Aktie hinaus), der Erwerb neuer Beteiligungen sowie das Mitziehen bei Kapitalerhöhungen muss uneingeschränkt möglich sein. Der Aufsichtsrat muss nach transparenten Kriterien bestimmt werden.

### **Preisabsprachen schärfer bekämpfen**

Die Preisvergleiche der AK zeigen es immer wieder: Ein auffälliger „Österreich-Aufschlag“ deutet auf unfaire Preisbildung hin. Die AK fordert deshalb weitere entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von Kartellabsprachen und für mehr wirklichen Wettbewerb. Die AK fordert mehr Transparenz in Kartellverfahren. Wenn kein Schadenersatz eingeklagt werden kann, muss der Kartellgewinn der Unternehmen abgeschöpft und dem

Konsumentenschutz zweckgewidmet werden. Wichtig wäre eine Beweislastumkehr auf Märkten, auf denen nur einige den Markt beherrschen, beispielsweise im Mineralölbereich, im Energie- und Lebensmittelbereich. Nicht KonsumentInnen, sondern die Anbieter müssten dann beweisen, dass kein Kartell vorliegt.

### **Förderungen für Ländlichen Raum auch für Soziale Aufgaben**

Die Förderungen für den Ländlichen Raum wurden bislang fast ausschließlich für den Sektor Landwirtschaft aufgewendet. Das ist nicht im Sinne der EU-Kommission. Die AK fordert, dass Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums nicht nur für die Bauernförderung sondern tatsächlich zur Unterstützung von allen Menschen im Ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Mindestens 25 Prozent der Gesamtmittel sind für Soziale Dienstleistungen zu verwenden.

### **Energiewende fair gestalten**

Die Energiewende ist wichtig, aber die Kosten müssen fair verteilt werden. Bereits jetzt zahlen KonsumentInnen durchschnittlich 64 Euro Ökostrombeitrag pro Haushalt. 2014 werden es über 80 Euro sein. Die AK fordert eine Reform der Ökostrom-Förderung hin zu einer Investitionsförderung. Damit entstehen mehr Anreize in Richtung kosteneffizienter Ökostrom-Produktion und vor allem Innovationanreize. Wichtig ist, dass KonsumentInnen entlastet werden.

### **Mehr öffentlichen Personennahverkehr und Güterverkehr durch eine integrierte staatliche ÖBB**

Mehr öffentlicher Personennahverkehr und mehr Güter auf die Schiene. Nur so kann eine klimafreundliche Verkehrspolitik der Zukunft aussehen. Dafür sind die ÖBB im öffentlichen Eigentum unverzichtbar. Die AK fordert deshalb: Keine Privatisierung der ÖBB. Es darf keinen Verkauf bestehender Unternehmensteile oder Teilunternehmen und keine weitere Liberalisierung geben. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zur Direktvergabe im öffentlichen Verkehr. Die AK wendet sich ebenso gegen Sozial- und Qualitätsdumping im Personenverkehr durch weitere Liberalisierungen. Bei Direktvergabe und Ausschreibung fordert die AK ein verbindliches Übernahmeangebot für die Beschäftigten ebenso wie bei einem Betriebsübergang.

### **LKW Road Pricing**

Die AK fordert eine Anpassung der Mauttarife im Sinne einer aufkommensneutralen Ökologisierung der LKW Maut sowie eine Inflationsanpassung der LKW Maut zur Sicherstellung der Investitionen und der Eigenfinanzierungskraft der ASFINAG. Die LKW-Maut soll flächendeckend auf Bundes- und Landesstraßen eingeführt werden.

### **Für ein soziales Europa**

Die aktuelle europäische Wirtschaftspolitik hat mit rigiden Sparprogrammen die Krise weiter verschärft und damit wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU beigetragen. Die AK fordert einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik, insbesondere durch eine bessere Regulierung und stärkere Besteuerung der spekulativen Aktivitäten des Finanz- und Bankensektors, der sich wieder auf die Finanzierung der Realwirtschaft konzentrieren muss. Es braucht eine rasche Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch eine Belebung der EU-Binnennachfrage und die Bereitstellung zusätzlicher EU-Mittel für Beschäftigung und Ausbildung Jugendlicher. Wichtig ist auch eine bessere Koordination der Steuerpolitik in der EU, um die Steuererträge von Finanzsektor und Vermögenden zu erhöhen, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wirkungsvoller zu bekämpfen und Rahmenbedingungen für beschäftigungs- und umweltfreundliche Abgabensysteme zu verbessern.

### Beiträge zu den Leitthemenfeldern

#### LTF 2 – Investiver und produktiver Sozialstaat

**Den sozialen Wohnbau nachhaltig sichern:** Nach den Liberalisierungsbemühungen der Europäischen Kommission bei öffentlichen Dienstleistungen rückt auf EU-Ebene nun der soziale Wohnbau immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen. Ziel ist es daher eine Sensibilisierung in diesem Themenfeld bei europäischen Entscheidungsträgern zu erreichen.

#### LTF 3 – Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung

**Vermögensungleichheit bekämpfen:** Vermögen sind noch ungleicher verteilt als Einkommen und hoch konzentriert. Die AK setzt sich ein für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für eine gerechtere Verteilung der Vermögen durch Besteuerung. Geplant sind: 2-3 Veranstaltungen, Vergabe von 2-3 Studien, Publikation von eigenen wissenschaftlichen Arbeiten zur Vermögensverteilung + Präsentation auf internationalen Konferenzen.

**Steuerreform für ArbeitnehmerInnen:** Erarbeitung einer Steuerstrukturreform mit dem Focus auf die Erhöhung der Steuerbelastung des Verbrauchs von Ressourcen und des Vermögens. Weiters sind Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit zu erarbeiten. Im Rahmen des Steuerstrukturreformkonzepts muss auch eine absolute Nichtbelastung besonders verletzlicher Gruppen sichergestellt werden.

Berücksichtigung finden müssen hierbei auch Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere im Hinblick auf die einkommens-, sektoral- und genderspezifische Verteilung der Steuerlast.

**Bekämpfung von Steuerbetrug:** Aufarbeitung der vielfältigen Typen der Steuerhinterziehung mit dem Ziel, für jeden „Delikttypus“ Vorschläge zur Einschätzung dieser Praktiken zu entwickeln.

**Ungleiches Kräfteverhältnis und Lobbytransparenz in der EU:** Offenlegen des unverhältnismäßigen Einflusses von Wirtschafts- und FinanzlobbyistInnen auf demokratische Entscheidungen auf europäischer Ebene.

**Austeritätspolitik – Angriff auf ArbeitnehmerInnenrechte und Sozialstaat:** Im Zuge der verfehlten neoliberalen Krisenbekämpfungsstrategie auf EU-Ebene wird in der gesamten EU auf Spar- und Kürzungspolitik gesetzt. Die Strategie, dass sich alle EU-Länder gleichzeitig aus der Krise "heraussparen", kann nicht gelingen und ist sozial- und wirtschaftspolitisch gefährlich. Studie: Die grund(rechtliche) Zulässigkeit der Troika-Krisenpolitik (Prof Fischer-Lescano); Englische Fertigstellung für 2014; Präsentation der Studie im Frühjahr in Brüssel.

**Daseinsvorsorge erhalten & ausbauen:** Möglichkeiten sozialer Auftragsvergaben werden verstärkt genutzt und werden insbesondere von europäischer Ebene anerkannt und gefördert. Rückkehr des Öffentlichen – Reclaim Public Services: Wissenschaftliche Expertise für progressive Antworten auf den europäischen Liberalisierungskurs organisieren.

**Zahlungsdienste für VerbraucherInnen verbessern:** Bei Zahlungsdiensten wie Kredit- oder Debitkarten gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher und teils undurchsichtiger Gebührensysteme. Dieser Thematik hat sich die Europäische Kommission nun angenommen und möchte für mehr Transparenz bei der Bezahlung mit Kredit- und Debitkarten sorgen. VerbraucherInnen könnten dabei von transparenten und niedrigeren Gebühren profitieren.

**Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion:** Die politische Debatte um die weiteren Schritte zum institutionellen Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion nimmt ihren Lauf. Ausgehend von den bisherigen Maßnahmen zur Konkretisierung von Six-Pack, Two-Pack und Fiskalpakt bis hin zur etwaigen Einführung der sogenannten "Wettbewerbspakte" wird diese Debatte ein Schwerpunkt für das Jahr 2014 sein.

**Sammelband "Nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell":** Zu Jahreswechsel 2013/14 wird die AK-Publikation "Etappen zur Vollbeschäftigung - Paradigmenwechsel zu einem neuen Wachstums- und Wohlstandsmodell" erscheinen. In dem Band werden zahlreiche Maßnahmen hin zu einem ökonomisch, ökologisch und soziale nachhaltigerem Wirtschafts- und Wohlstandsmodell vorgestellt. Für 2014 ist das Ziel diese Inhalte möglichst breit in die Öffentlichkeit zu tragen.

#### LTF 4 – Qualität der Arbeit

**Strukturwandelbarometer:** Das Instrument „Strukturwandelbarometer“ nützt das ExpertInnenwissen von BetriebsrätInnen (in Abstimmung mit ÖGB und Fachgewerkschaften)

für ganz aktuelle Aussagen zum stattfindenden betrieblichen Strukturwandel. Die Erfahrungen der BetriebsrätInnen werden im Rahmen eines Panels von 300 Personen jährlich abgefragt – besonders im Hinblick auf für den Strukturwandel aus AN-Sicht kritische Dimensionen.

**Studie Beschäftigung im Handel:** Ziel ist es auf die Situation der Beschäftigten im Handel aufmerksam zu machen. Ergebnisse und Forderungen werden mit aktuellem Forderungskatalog präsentiert.